SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Polens Energiepolitik: Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Lang, K.-O. (2007). *Polens Energiepolitik: Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland.* (SWP-Studie, S 13). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-245421

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

**SWP-Studie**
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

*Kai-Olaf Lang*

# Polens Energiepolitik

## Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland

S 13
Juni 2007
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007

**SWP**
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

# Inhalt


5 **Problemstellung und Schlussfolgerungen**

7 **Ausgangslage**
7 Russland gibt Gas ...
8 ... und Öl
10 Transitland Polen

11 **Polens Energiepolitik: Ziele und Handlungsprioritäten**
11 Importdiversifizierung
12 *Der »Jahrhundertvertrag« ...*
12 *... und seine Neuverhandlung*
13 *Diversifizierung von Gasimporten: Varianten und Richtungen*
16 Ungeliebte Investoren
18 Energiepolitik als Element der polnischen Ostpolitik
21 Interdependenz durch Transit

25 **Polens Energiepolitik in der EU**
25 »Solidarische Energiepolitik«
26 Energiepolitik – mit Sicherheit
28 Energie und Nachbarschaftspolitik

30 **Nicht ohne Energie: Die deutsch-polnischen Beziehungen**

34 **Abkürzungen**

*Kai-Olaf Lang ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter*
*der Forschungsgruppe EU-Integration*

**Polens Energiepolitik.**
**Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland**

Polens scharfe Kommentare zu den Plänen für den Bau einer Gaspipeline durch die Ostsee, sein wachsames Beobachten der russisch-ukrainischen und russisch-weißrussischen Gaskontroversen, aber auch seine Vorschläge zur Fortentwicklung der europäischen Energiepolitik haben dem übrigen Europa vor Augen geführt, welch prominenten Platz energiepolitische Fragen in Warschaus politischem Zielsystem einnehmen. Im Zusammenhang mit der Ostseeleitung wurde auch das Konfliktpotential für die deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar, das aus divergenten energiepolitischen Interessen beider Länder resultiert.

Warschaus nervöse Reaktionen im bilateralen Verhältnis und sein Versuch, Einfluss auf die sich herausbildende neue Energiepolitik der Europäischen Union zu nehmen, werfen die Frage nach den Motiven und Konsequenzen des polnischen Verhaltens auf: Was sind Polens primäre energiepolitische Interessen, und wie will Warschau diese zur Geltung bringen? Wie positioniert sich Polen in der revitalisierten energiepolitischen Diskussion in der Europäischen Union? Wie können Deutschland und Polen miteinander umgehen, um ähnliche Misshelligkeiten, wie sie im Fall der Ostseepipeline aufgekommen sind, zu vermeiden, bzw. wie kann ein konstruktiver energiepolitischer Dialog zwischen beiden Ländern aufgebaut und stabilisiert werden?

Polens Kernproblem und die wesentliche Determinante seiner energiepolitischen Initiativen ist die signifikante Abhängigkeit von Russland beim Import von Öl und Erdgas: Die polnische Energiepolitik ist in erster Linie Russlandpolitik und damit Sicherheitspolitik. Ihr vorrangiges Gebot ist die Reduktion der energiewirtschaftlichen Asymmetrie im Verhältnis zu Russland. Zu diesem Zweck verfolgt Warschau mehrere Strategien. Erstens will man die Lieferquellen und -wege für die Einfuhr von Energieträgern, vornehmlich Erdgas, diversifizieren. Zweitens wird versucht, bei der Restrukturierung des Energiesektors russische Investoren möglichst außen vor zu lassen. Drittens sollen die energiewirtschaftlichen Vorhaben so angelegt werden, dass sie zugleich die ostpolitischen Zielsetzungen des Landes, insbesondere hinsichtlich

der Ukraine, unterstützen. Und viertens möchte Polen durch die Festigung und den Ausbau seiner Position als Transitland für russische Energieträger, die nach Westeuropa geliefert werden, einen Status der Interdependenz gegenüber dem großen östlichen Nachbarn herstellen, sich also sozusagen »Transitmacht« verschaffen.

Um diesen energiepolitischen Zielen Gewicht zu verleihen, will Polen die europäische Energiepolitik in seinem Sinne mitgestalten. Dabei verfolgt Warschau drei Prioritäten:

1. Polen möchte den Grundsatz der »Solidarität« als überwölbendes Konstruktionselement einer neuen energiepolitischen und -wirtschaftlichen Architektur der EU verankern.
2. Energiepolitik wird in Polen bislang vorwiegend als Sicherheitspolitik verstanden, und dieser Aspekt soll auch in der europäischen Energiepolitik stärker berücksichtigt werden.
3. Polen ist in besonderem Maße an der Weiterentwicklung der externen Dimension einer neuen europäischen Energiepolitik in östlicher Richtung interessiert.

Die Streitigkeiten über die Ostseepipeline haben demonstriert, welche Brisanz Energiefragen für die deutsch-polnischen Beziehungen haben können. Die diesbezüglichen deutsch-polnischen Querelen lassen sich keineswegs mit bloßen Kommunikationsdefiziten erklären, sondern indizieren, dass zwischen beiden Ländern beachtliche Interessendifferenzen bestehen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt hierbei der »Faktor Russland«.

- Polen will mit seiner Diversifizierungs- und Routenpolitik und den Gestaltungsplänen für den Energiesektor die energiepolitische und –wirtschaftliche Asymmetrie gegenüber Russland reduzieren, unter anderem durch die Beschränkung der Einfuhr russischer Energieträger. Deutschland hingegen ist auf lange Sicht bestrebt, einen substantiellen Anteil seiner Energie aus Russland zu importieren.
- Für Deutschland ist die Vertiefung der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland ein Kernelement der spezifischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern, das es politisch abzustützen gilt. Für Polen geht es im Gegenteil darum, dem Bereich Energie seine Relevanz für das polnisch-russische Verhältnis zu nehmen.
- Auch in der Energiesicherheitspolitik manifestiert sich ein grundsätzlicher Unterschied: Deutschland ist daran gelegen, (Energie-)Sicherheit *mit* Russland zu schaffen, Polen hingegen, Sicherheit *vor* Russland zu erreichen. Dementsprechend haben beide Staaten im Hinblick auf die Ausgestaltung eines gesamteuropäischen Systems der Energiesicherheit ganz unterschiedliche Präferenzen: Deutschland hat ein eher kooperatives Modell unter Einschluss Russlands (Energie-OSZE) vor Augen, Polen ein Allianz-Modell ohne Russland (Energie-NATO).
- Während Polen, wie erwähnt, Energiesicherheit als ein übergeordnetes energiepolitisches Ziel versteht, gründet der deutsche Ansatz auf der Vorstellung einer Balance von Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit.

Trotz oder gerade wegen solcher Differenzen sind Deutschland und Polen aber gefordert, prospektiv über ihre energiepolitischen Ziele und deren europäischen Kontext zu diskutieren. Doch wie?

- Die deutsch-polnische Diskussion über Energiefragen sollte dem Prinzip transparenter Koordination folgen. Dabei müssten zunächst einmal die energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Ausgangslagen miteinander abgeglichen und Initiativen in diesem Bereich einander zur Kenntnis gegeben werden. Das gemeinsame Planen und Durchführen von Projekten könnte polnischen Überreaktionen entgegenwirken.
- Der polnischen Seite kann durchaus fehlende Kohärenz vorgehalten werden, da ihre energiepolitische Argumentation nicht immer konsequent in den europapolitischen Kontext eingebunden ist. Zum Beispiel versteht Polen die neue europäische Energiepolitik nach eigenem Bekunden als genuin »gemeinsame« Politik, äußert aber gleichzeitig immer wieder Skepsis an der Konzeption einer auf gepoolten Souveränitäten ruhenden Energiepolitik.
- Der deutsch-polnische Dialog zu Energiefragen könnte dadurch intensiviert werden, dass die zwischen beiden Ländern eingerichtete Arbeitsgruppe zu Energiefragen nach dem Muster des Deutsch-Polnischen Umweltrats zu einem bilateralen Energierat umgeformt wird. Dieser wäre damit betraut, Vorstellungen zur Fortentwicklung der Energiepolitik der EU zu bündeln und gemeinsame Vorhaben zu erörtern.

Jenseits dieser grundsätzlichen Fragen könnten im deutsch-polnischen Gespräch eine Reihe konkreter energiepolitischer Probleme und Initiativen diskutiert werden, die den Transit und die Diversifizierung von Energieträgern, die künftige Gestaltung des Energiemixes oder die Anbindung Polens an die westeuropäischen Versorgungssysteme zum Gegenstand haben.

# Ausgangslage

Polens Energiebilanz unterscheidet sich in wichtigen Strukturelementen vom EU-Durchschnitt: Ein hoher Kohleanteil kontrastiert mit einem unterdurchschnittlichen Beitrag von Öl, Erdgas und Wasserkraft. Polen gehört überdies zu den Ländern ohne Kernkraftwerke. Von der Dominanz der Kohle zeugt, dass über 90 Prozent der polnischen Stromerzeugung und mehr als 80 Prozent der Wärmeversorgung aus Stein- oder Braunkohle generiert werden.[1] Aus den ergiebigen Kohlevorkommen in Schlesien und in anderen Teilen des Landes werden jährlich um die 60 Millionen Tonnen (Braunkohle) bzw. 100 Millionen Tonnen (Steinkohle) zutage gefördert.[2] Da diese in der Zeit des Sozialismus aktiv unterstützte und nach der Wende durch starke Lobbys zementierte »Monokultur der Kohle« Polen in den Bereichen Elektrizität und Wärme Selbstversorgung sichert, gibt es Widerstände gegen eine Verminderung der Kohleproduktion. Nicht nur mächtige Einflussgruppen aus dem Kohlebergbau wie Gewerkschaften und Unternehmensverbände widersetzen sich solchen Absichten, auch die führende Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) vertrat bereits im Wahlkampf die Auffassung, dass »Kohle als billigster Energieträger die wichtigste Quelle in der Brennstoff- und Energiebilanz Polens bleibt«.[3] Dennoch wird Polen mittelfristig den Kohleanteil in seinem Energiemix allein schon wegen der Verpflichtungen beim Klimaschutz reduzieren. Angesichts einer in der polnischen Gesellschaft (noch) bestehenden Aversion gegenüber der Atomkraft und einem nur langsam steigenden Beitrag von erneuerbaren Energien wird die kontinuierliche Ausweitung des Gasverbrauchs unumgänglich bleiben.

**Tabelle 1**
**Struktur des Primärenergieverbrauchs in der EU-25 und in Polen im Jahr 2005 (%)**

| | *Erdöl* | *Erdgas* | *Kohle* | *Kernkraft* | *Sonstige* |
|---|---|---|---|---|---|
| EU 25 | 40 | 25 | 17 | 13 | 4 |
| Polen | 24 | 13 | 62 | 0 | 1 |

Quelle: eigene Berechnungen auf der Grundlage von: *Quantifying Energy. BP Statistical Review of World Energy June 2006*, London 2006.

## Russland gibt Gas ...

Polens Gaskonsum steigt stetig und hat sich zwischen 1996 und 2004 von 9,5 Mrd. m³ auf gut 13 Mrd. m³ erhöht. Die Prognosen über den Gasverbrauch schwankten in der Vergangenheit erheblich und wurden mehrfach revidiert. Der polnische Gasversorger PGNiG (Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo SA, Polnische Öl- und Gaswirtschaft AG) rechnet gegenwärtig mit einem Anstieg auf 15 bis 18 Mrd. m³ bis zum Jahr 2010.[4] Der Umstand, dass Polen einen der niedrigsten Werte beim Pro-Kopf-Verbrauch und beim Anteil am Primärenergieverbrauch in der ganzen EU aufweist, lässt auf jeden Fall auf einen beträchtlichen »Nachholbedarf« schließen. Bei alledem ist jedoch zu bedenken, dass der polnische Erdgasbedarf in absoluten Zahlen bescheiden ist und Polen im gesamteuropäischen Maßstab nicht zu den größten Erdgaskonsumenten gehört.

Woher kommt das in Polen verbrauchte Gas? Dank der Vorkommen in der polnischen Tiefebene und im Karpatenvorland ist Polen in der Lage, einen erklecklichen Teil seines Erdgasbedarfs selbst abzudecken. Die heimische Fördermenge von jährlich gut 4 Mrd. m³ trug in den vergangenen Jahren zu etwa einem Drittel des Verbrauchs bei, womit die Abhängigkeit des Lan-

**1** Reto Renggli/Mirjam Walker/Wojciech Kokocinski, *Erneuerbare Energie in Polen – aktuelle Situation und Entwicklungsperspektiven*, Warschau: Swiss Business Hub Polen, November 2005, <www.energie-cluster.ch/Aktuell/bericht-erneuerbare-polen.pdf>.

**2** Państwowy Instytut Geologiczny, *Surowce mineralne Polski* [Mineralstoffe in Polen], <www.pgi.gov.pl/surowce_mineralne/wydobycie.htm>.

**3** Dies wurde zumindest in einer Broschüre der PiS während des Wahlkampfs apodiktisch festgestellt, in der es um »Bergbau und verwandte Branchen« ging, vgl. »Program PiS: Nie będzie prywatyzacji kopalń« [Programm der PiS: Es wird keine Privatisierung der Bergwerke geben], in: *Gazeta Wyborcza*, 29.9.2005 (Wenn nicht anders genannt, handelt es sich im Folgenden bei den zitierten Tageszeitungen immer um die elektronische Ausgabe).

**4** Agnieszka Łakoma, »Bezpieczeństwo to luksus« [Sicherheit ist Luxus], in: *Rzeczpospolita*, 6.3.2006.

**Tabelle 2**
**Herkunft polnischer Erdgasimporte**

| | *2004 (Mio. m³)* | *Anteil 2004 (in %)* | *2005 (Mio. m³)* | *Anteil 2005 (in %)* |
|---|---|---|---|---|
| Norwegen | 480 | 5,2 | 485 | 5,0 |
| Deutschland | 386 | 4,1 | 331 | 3,4 |
| Tschech. Rep. | 0,3 | 0,0 | | |
| Russland | 5758 | 61,9 | 6340 | 65,4 |
| Zentralasien | 2680 | 28,8 | 2533 | 26,1 |
| Summe | 9304 | 100 | 9689 | 100 |

Quelle: PGNiG, *Raport Roczny 2004*, Warschau 2005, <www.pgnig.pl/download.php?f=presspack/PGNiG_Raport_roczny_2004.pdf>, S. 25; PGNiG, *Raport Roczny 2005*, Warschau 2006, <www.pgnig.pl/download.php?f=raport_roczny_PGNiG_2005.pdf>, S. 36.

des von Importen im europäischen Vergleich eher gering ist.

Die fehlenden Mengen werden vornehmlich durch langfristig kontraktierte Einfuhren aus Russland sichergestellt, das im Jahr 2005 nominell zwei Drittel des Gesamtimports beisteuerte (siehe Tab. 2). Dazu kommt Gas, das formell aus Zentralasien stammt. Faktisch handelt es sich jedoch um Gas, das über den in der Schweiz registrierten und von Gasprom kontrollierten Zwischenhändler *RosUkrEnergo* eingekauft wird.[5] Über den Grenzübergangspunkt Görlitz/Lasów gelangte in den vergangenen Jahren zudem Gas aus Verträgen mit norwegischen und deutschen Firmen nach Polen. Diese Lieferungen machten knapp zehn Prozent des polnischen Imports aus. Allerdings wurde die im Herbst 2006 auslaufende Vereinbarung mit der norwegischen *Statoil* nicht erneuert.[6] Bezogen auf den gesamten Gasverbrauch fiel der nominell mit Gasprom kontraktierte Anteil zwischen 2002 und 2004 auf 47 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Gesamteinfuhr empfängt Polen jedoch aus Russland und von einem offensichtlich mit Gasprom liierten Partner.

## ... und Öl

Rein numerisch ist Polens Abhängigkeit von Russland beim Erdöl wesentlich höher als bei Erdgas. Da Polen nur über geringe eigene Ölvorkommen verfügt, die bislang jährlich maximal 865 000 Tonnen ergaben, wird der Jahresbedarf von knapp 18 Millionen Tonnen fast ausschließlich über Importe bestritten, die wiederum zu beinahe hundert Prozent aus Russland kommen. Die polnischen Raffinieren in Płock (im Besitz des größten polnischen Mineralölkonzerns *PKN Orlen*) und Danzig (*Rafineria Gdańska*, im Besitz der *Grupa Lotos*) decken ihren Bedarf durch Verträge mit Zwischenhändlern, etwa mit der in Polen umstrittenen *J&S Group* oder der auf der Insel Guernsey registrierten *Petraco*, deren Lieferungen aus den Feldern des russischen Produzenten *Rosneft* stammen.

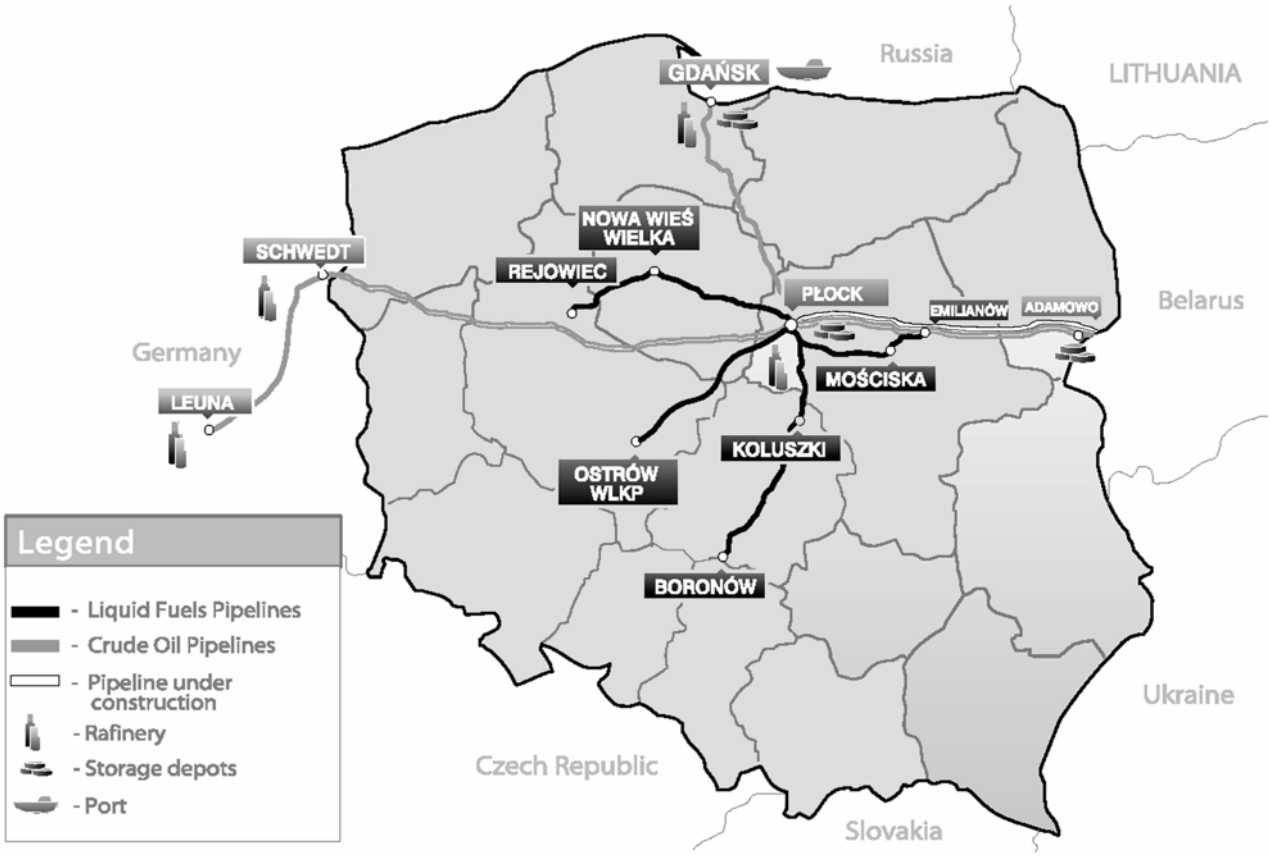
Dennoch löst die Abhängigkeit von Russland bei Erdölimporten in Polen keine ähnliche Beunruhigung aus wie bei den Erdgaslieferungen. Der Grund hierfür ist vor allem die aus der Struktur des Öltransportsystems resultierende Flexibilität. Zwar kommen die Einfuhren aus Russland über die Družba-Pipeline nach Polen (siehe Karte 1), doch haben sowohl PKN Orlen als auch Lotos in den Verträgen mit ihren russischen Geschäftspartnern Klauseln, die ein Ausweichen auf Lieferungen über das Danziger Ölterminal Naftoport ermöglichen.[7] Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass der Abzweig der Družba-Pipeline von Płock nach Danzig *(»rurociąg Pomorski«)* nicht nur die Raffinerie in Danzig beliefern kann, sondern sich auch in umgekehrter Richtung mit einer Kapazität von bis zu 30 Millionen Tonnen, also ausreichend für die Raffinerie in Płock, nutzen lässt. Überdies wurden die Verlade- und Transportkapazitäten in Danzig ausgebaut (33 Mio. t), so dass hierdurch der gesamte Bedarf der polnischen Raffinerien leicht abgedeckt werden könnte. Als es Anfang 2007 infolge der russisch-belarussischen Auseinandersetzungen zur vorübergehenden Unterbrechung des Betriebs der Družba-Leitung kam, orderte die polnische Seite rasch Lieferungen per Tanker nach Danzig. Polen bot den

**5** Im November 2006 unterschrieb die PGNiG einen neuen Dreijahresvertrag mit RosUkrEnergo über die Lieferung von 2,3 Mrd. m³ pro Jahr. Da die Verhandlungen unter großem Druck abliefen (der alte Vertrag lief Ende 2006 aus) konnte RosUkrEnergo erhebliche Preissteigerungen durchsetzen. Vor allem aber musste die polnische Seite zeitgleich eine Vereinbarung mit Gasprom eingehen, die einen zehnprozentigen Anstieg der Gaspreise aus dem langfristigen Vertrag mit dem russischen Gasgiganten vorsieht, »Rosjanie narzucili nam wysokie ceny gazu« [Die Russen haben uns hohe Gaspreise aufgezwungen], in: *Rzeczpospolita*, 20.11.2006.

**6** Die PGNiG schloss mit der deutschen Verbundnetz Gas (VNG) im August 2006 einen Vertrag mit zehn Jahren Laufzeit über einen Gesamtlieferumfang von 4,2 Mrd. m³ Gas ab. In den ersten beiden Jahren erhält PGNiG jährlich 500 Mio. m³, vgl. »Gasliefervertrag zwischen polnischer PGNIG und deutscher VNG«, Presseinformation der Verbundnetz Gas AG, 21.8.2006.

**7** Ebd.

**Karte 1**
**System der Ölpipelines in Polen**




Quelle: PERN <http://www.pern.com.pl/index.php?dzid=40>.

ostdeutschen Raffinerien auch eine Notfallversorgung auf diesem Wege an.[8]

Die Dominanz der Ölimporte aus Russland bedroht die polnische Energiesicherheit daher nicht unmittelbar, denn – wie es in einer Regierungsmitteilung heißt – »die existierende Leitungs- und Hafeninfrastruktur erlaubt es Polen, die Struktur seiner Erdölimporte flexibel zu gestalten«.[9] Dass der Anteil des russischen Öls so groß ist, resultiert dabei nicht aus dem Fehlen alternativer Bezugsquellen, sondern hat mit dem Preisniveau und technologischen Gegebenheiten (Ausrichtung auf die Rohölsorte Ural) zu tun. Die Existenz zweier voneinander unabhängiger Systeme (Družba-Pipeline und Naftoport) schafft nach Expertenmeinung bereits ein hohes Maß an Liefersicherheit.

**Tabelle 3**
**Herkunft polnischer Ölimporte (2005)**

| | *Mio. t* | *Anteil (in %)* |
|---|---|---|
| Russland | 17199 | 97,5 |
| Kasachstan | 143 | 0,8 |
| Norwegen | 130 | 0,7 |
| Großbritannien | 87 | 0,5 |
| Ukraine | 64 | 0,4 |
| Tschechien | 18 | 0,1 |
| Summe | 17641 | 100 |

Quelle: Państwowy Instytut Geologiczny, Zakład Geologii Gospodarczej, *Ropa naftowa*, <www.pgi.gov.pl/surowce_mineralne/ropa.htm>.

**8** »Białoruś kapituluje, Rosja ropy nie daje« [Belarus kapituliert, Russland liefert kein Öl], in: *Gazeta Wyborcza*, 10.1.2007.

**9** Informacja o stanie bezpieczeństwa energetycznego państwa oraz działaniach podejmowanych przez rząd w tym zakresie, Zał. nr 4 do dokumentu p.t. »Ocena realizacji i korekta Założeń polityki energetycznej Polski do 2002 r. wraz z załącznikami«, przyjętego w dniu 2 kwietnia 2002 r. przez Radę Ministrów, [Mitteilung der polnischen Regierung zum Stand der Energiesicherheit des polnischen Staates vom 2. April 2002], S. 4.

## Transitland Polen

Durch Polen führt der Nordarm der *Družba-Pipeline*, einer der zentralen Transportmagistralen für die Ausfuhr russischen Erdöls nach Europa. Betreiber des polnischen Abschnitts ist die staatliche Gesellschaft PERN, der auch Produktenleitungen, Bevorratungskapazitäten und die Mehrheit am Danziger Ölterminal Naftoport gehören. Durch die Družba wurden 2005 mehr als 51 Millionen Tonnen Erdöl geleitet. Etwa die Hälfte davon ging an die deutschen Raffinerien Schwedt und Leuna, der Rest war für die polnischen Raffinerien oder zum Weiterexport via Danzig bestimmt. Im Ostabschnitt der Pipeline (Adamowo–Płock) wird gegenwärtig zusätzlich zu den beiden bestehenden Leitungen eine dritte Röhre erstellt, die die Durchleitungskapazität auf 60 Millionen Tonnen jährlich erhöhen soll.[10] Polens Status als Transitland für (russisches) Erdöl schien somit lange Zeit nicht gefährdet. Sollte einmal die Verlängerung der Družba nach Wilhelmshaven Wirklichkeit werden, würde Polens Position zusätzlich aufgewertet.[11] Ähnliches gälte für die Realisierung des Projektes Brody–Płock, durch das Öl aus dem kaspischen Raum über Polen nach Westen transferiert werden soll (siehe dazu unten).

Beim Transit von Gas ist Polen durch die 1999 fertiggestellte sogenannte *Jamal-Pipeline*, die über Russland, Belarus und Polen nach Westen führt, zu einem wichtigen Faktor geworden. Durch die Jamal-Pipeline, die bislang einzige Gastransportarterie von Russland nach Westeuropa, die nicht über das Gebiet der Ukraine läuft, können nach der Anfang 2006 erfolgten Inbetriebnahme der letzten von fünf Kompressorenstationen bis zu 35 Mrd. m³ Gas geleitet werden (davon sind 2,9 Mrd. für den polnischen Verbrauch).[12] Dies entspricht etwa einem Fünftel der aus Russland insgesamt nach Westeuropa verfrachteten Erdgasmenge. Eigentümerin des polnischen Teils der Jamal-Pipeline ist die Firma *EuRoPolGaz*, an der zu je 48 Prozent die PGNiG und Gasprom sowie mit den restlichen 4 Prozent die gemischte polnisch-russische und vom polnischen Geschäftsmann Aleksander Gudzowaty kontrollierte Firma *Gaz Trading* beteiligt sind. Um – wie avisiert – ab 2010 jährlich bis zu 65,7 Mrd. m³ Gas transportieren zu können,[13] war mit der russischen Seite ursprünglich der Bau einer zweiten Leitung ins Auge gefasst worden. Nach der Entscheidung für den Bau der Ostseepipeline sind die Gespräche über die Jamal-II-Leitung allerdings zum Erliegen gekommen.[14] In dem vom polnischen Wirtschaftsminister im März 2007 verkündeten Strategiepapier zur Entwicklung der Gasindustrie wird das Vorhaben nicht mehr erwähnt.[15] Offensichtlich glaubt selbst Warschau nicht mehr an die Realisierung des zweiten Strangs.

**10** Vgl. Janusz K. Kowalski, »Modernizacja i rozbudowa sieci rurociągów naftowych« [Modernisierung und Ausbau des Ölpipeline-Netzes], in: *Gazeta Prawna*, (20.2.2006) 36.

**11** Dies wäre eine aus Sicht der USA interessante Option, da auf diesem Wege Öl von Russland nach Amerika verfrachtet werden könnte – und das, ohne den Weg über den Engpass Ostsee zu nehmen, vgl. Ernesto Soria/John Gray, »Extending Druzhba Still Makes Sense for More Russian Oil Exports«, in: *Oil and Gas Journal*, 102 (5.4.2004) 13, S. 60–63.

**12** »EuRoPol Gaz uruchomił tłocznię rosyjskiego gazu w Zambrowie«, [EuRoPolGaz nahm eine Kompressorenstation für russisches Gas in Zambrów in Betrieb], in: *Gazeta Wyborcza*, 1.3.2006; »Otwarcie kolejnej tłoczni na gazociągu Jamał« [Eröffnung einer weiteren Pumpstation an der Jamal-Gaspipeline], in: *Gazeta Wyborcza*, 18.7.2005.

**13** So die Angaben des Eigentümers der Pipeline, <www.europolgaz.com.pl/gazociag_parametry.htm>

**14** »Każda strona ma inne oczekiwania« [Jede Seite hat andere Erwartungen], in: *Rzeczpospolita*, 19.7.2005.

**15** Minister Gospodarki, *Polityka dla przemysłu gazu ziemnego*, [=Grundlagendokument des polnischen Wirtschaftsministers für die Entwicklung des Erdgassektors], Warschau, 20.3.2007, <www.mgip.gov.pl/Wiadomosci/Energetyka/POLITYKA+GAZ+ZIEMNY.htm>

# Polens Energiepolitik: Ziele und Handlungsprioritäten

Aus polnischer Sicht ist Energiepolitik in erster Linie Sicherheitspolitik – und vor allem ein besonders heikles Element der schwierigen Beziehungen zu Russland. Warschaus energiewirtschaftliches und energiepolitisches Kardinalinteresse besteht *in nuce* darin, reale oder vermeintliche Formen der Abhängigkeit von Russland zu reduzieren oder abzuwehren. Aus polnischer Sicht ist folglich das Bemühen um energiewirtschaftliche Diversifizierung gleichbedeutend mit der Sicherung staatlicher Souveränität.[16] Es ist daher kein Zufall, dass gerade energiewirtschaftliche Differenzen mit Russland oder russischen Akteuren immer wieder zu hochpolitischen Spannungen zwischen Warschau und Moskau führen. Und es überrascht nicht, dass die großen Handlungsfelder der polnischen Energiepolitik direkt oder indirekt mit dem »Faktor Russland« zu tun haben. Dies lässt sich an den vier Dauerthemen besonders gut veranschaulichen, die die polnische Energiepolitik durchziehen und in denen sich zugleich die vorrangigen energie- und sicherheitspolitischen Interessen Polens bündeln:

- Diversifizierung beim Import von Energieträgern;
- Sicherung des sensiblen Energiesektors vor der »Übernahme« durch russische Investoren;
- Unterstützung der Ukraine und eventuell anderer osteuropäischer Partner durch energiepolitische und energiewirtschaftliche Zusammenarbeit;
- Wahrung und Ausbau des Status als wichtiges Transitland beim Export von russischem Gas und Öl nach Westeuropa.

## Importdiversifizierung

Trotz eines rechnerisch hohen Abhängigkeitsgrads Polens von russischen Erdöllieferungen führt das Land aus den oben erwähnten Gründen keine ähnlich intensive Diskussion über Importdiversifizierung wie beim Erdgas.[17] Die offenbar unüberwindliche und langfristige Abhängigkeit von russischem Gas löst immer wieder Unbehagen und Ängste aus. Während die polnischen Regierungen oder der Gasversorger PGNiG das Problem in der Vergangenheit gelegentlich herunterzuspielen versuchten,[18] hat spätestens der russisch-belarussische Konflikt vom Februar 2004 Polen in einen Zustand permanenter Alarmbereitschaft versetzt.

Damals hatte Gasprom, das die belarussische Seite der unerlaubten Entnahme von Gas aus dem Transitsystem bezichtigte, kurzfristig seine Lieferungen nach Westen unterbrochen. Hierdurch blieb Polen zwei Tage lang ohne Gas aus der Jamal-Pipeline. Dieser Vorfall zeigte nach Ansicht polnischer Kritiker der bisherigen Warschauer Energiepolitik zweierlei: Zum einen habe sich bewahrheitet, dass Polen im »Ernstfall« über keine Versorgungsalternativen verfüge und politisch wie wirtschaftlich erpressbar sei. Das Land müsse daher zu einer konsequenten Diversifizierungspolitik zurückkehren und vor allem die Möglichkeit zusätzlicher Einfuhren aus Norwegen prüfen sowie neue Anschlüsse an das westeuropäische Gassystem schaffen.[19] Zum anderen sei offenbar geworden, dass

**16** »Jesteśmy przygotowani na ataki« [Wir sind auf Angriffe vorbereitet] (Interview mit dem Staatssekretär im polnischen Wirtschaftsministerium und Diversifizierungsbeauftragten, Piotr Naimski), in: *Niezależna Gazeta Polska*, (2.6.2006) 4.

**17** Zentrale Diversifizierungsanstrengungen bei Öl sind: der Bau einer Verbindungsleitung zwischen der Odessa-Brody-Pipeline und dem Nordarm der Družba-Leitung; der vermehrte Kauf von Öl nichtrussischer Herkunft durch den zweitgrößten Mineralölkonzern Polens Grupa Lotos; die Erschließung eines direkten Zugangs zu Erdölvorkommen; vgl. Minister Gospodarki, *Polityka rządu RP dla przemysłu naftowego w Polsce*, [=Grundlagendokument des polnischen Wirtschaftsministers für die Entwicklung des Erdölsektors], Warschau, 7.2.2007, <www.mgip.gov.pl/Wiadomosci/Energetyka/nafta.htm>; »Możejki zdobyte, ale ropa wciąż z Rosji« [Mažeikiai erobert, doch das Gas kommt weiter aus Russland] (Interview mit Staatssekretär Naimski), in: *Forbes* (Polska), (29.06.06) 7, <www.forbes.pl/forbes/2006/06/29/018_mozejki_zdobyte_ale.html>.

**18** Die Mitteilung der polnischen Regierung über den »Stand der Energiesicherheit des Staates« vom Januar 2002 etwa kam zu dem Schluss, dass gegenwärtig »keine Bedrohung der Energiesicherheit Polens« bestehe und es keine Anzeichen dafür gebe, dass eine solche Bedrohung aus technischen Gründen in den nächsten Jahren auftreten könnte, »Ocena realizacji i korekta Założeń polityki energetycznej Polski« [wie Fn. 9], S. 12.

**19** Maciej Janiec, »Gazprom szantażuje« [Gasprom erpresst], in: *Parkiet*, 20.2.2004, <http://biznes.interia.pl/news?inf=473894>.

Moskau auch bei Krisen in den polnisch-russischen Beziehungen bereit sei, die »Gaswaffe« einzusetzen.[20]

Die russisch-ukrainischen und russisch-belarussischen Streitigkeiten in den Wintern 2005/06 und 2006/07 kamen für Polen insofern nicht völlig unerwartet, sondern bestätigten nur lange gehegte Befürchtungen. Im Zusammenhang mit der um die Jahreswende 2005/06 ausgetragenen russisch-ukrainischen Auseinandersetzung über den Gaspreis wiesen polnische Analysten darauf hin, dass Russland in seinen Beziehungen zu anderen Ländern im postsowjetischen Raum ökonomische Instrumente »zur Wiederherstellung wirtschaftlicher und politischer Dominanz« nutze und dabei auch nicht »von Aktivitäten absehe, die sich destruktiv auf die Stabilität dieser Länder auswirken«.[21] Mit einer gewissen Übertreibung könnte behauptet werden, dass die Reibereien Moskaus mit Minsk und Kiew in Sachen Öl und Gas für Polen auch eine Chance darstellten: In Warschau erhofft man sich zweifelsohne, dass Brüssel und die Partner in der EU durch derlei Ereignisse sensibilisiert werden und beginnen, Polens Skepsis im Hinblick auf die russische Zuverlässigkeit als Lieferant von Energieträgern zu verstehen oder gar zu teilen.

### Der »Jahrhundertvertrag« ...

Grundlage der Belieferung Polens mit Gas aus Russland ist ein langfristiger Vertrag aus dem Jahre 1996 zwischen der PGNiG und der Gasprom, der im Rahmen eines polnisch-russischen Regierungsabkommens im August 1993 abgeschlossen wurde. Darin vereinbarten beide Seiten den Bau eines Systems von Transitpipelines, durch das Gas aus den Vorkommen auf der sibirischen Halbinsel Jamal über Belarus und Polen nach Westeuropa transportiert (*System Gaziociągów Transytowych*, SGT, auch *Jamal*-Pipeline) und gleichzeitig der steigende polnische Gasverbrauch gedeckt werden sollte. Im Vertrag von 1996 wurde ein Liefervolumen von insgesamt 250 Mrd. m³ bis 2020 festgeschrieben. Um – wie avisiert – ab 2010 jährlich bis zu 65,7 Mrd. m³ Gas transportieren zu können,[22] wurde der Bau zweier Leitungen ins Auge gefasst. Nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme der ersten Pipeline ist das Schicksal dieses zweiten Strangs inzwischen jedoch fraglich.

Die Vereinbarungen dieses »Jahrhundertvertrags« und die Art ihrer Umsetzung waren und sind in Polen seit Jahren Gegenstand herber Kritik. Moniert werden vor allem die hohen Liefermengen und die gleichzeitig bestehenden Abnahmeverpflichtungen.[23] Da sich das Wachstum des polnischen Erdgasbedarfs nicht zuletzt durch konjunkturelle Probleme der polnischen Volkswirtschaft Ende der 1990er Jahre verringerte, mussten die Verbrauchsprognosen nach unten korrigiert werden. Obwohl sich die Nachfrage zwischenzeitlich wieder dynamischer entwickelte, liegen die ursprünglich verabredeten Liefermengen von mehr als 13 Mrd. m³ pro Jahr auf jeden Fall weit über dem polnischen Bedarf. Problematisch ist in diesem Zusammenhang insbesondere die fehlende Flexibilität, da das vereinbarte Volumen unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch abgenommen werden muss (take or pay) und überschüssige Liefermengen nicht weiterverkauft werden dürfen (eine Maßgabe, die natürlich nicht spezifisch Polen trifft, sondern in Europa üblich ist). Kritisiert wurde auch das Finanzgebaren von EuRoPolGaz. Der Firma wird unter anderem vorgeworfen, sie verlange zu niedrige Transitgebühren oder habe aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Anteilseignern den Ausbau der ersten Leitung, genauer gesagt die Erstellung der noch fehlenden Pumpstationen, verzögert.[24]

### ... und seine Neuverhandlung

Insbesondere wegen des drohenden Überangebots an Erdgas auf dem polnischen Markt drängte Polen auf eine Modifikation des Jahrhundertvertrags. Nach zwei Jahren intensiver Verhandlungen wurde im Februar 2003 eine neue Vereinbarung unterzeichnet, die aus polnischer Sicht eine Reihe von Verbesserungen

**20** So Piotr Wodniak, der jetzige Wirtschaftsminister, »Gaz paraliżujący« [Lähmendes Gas], in: *Wprost*, (29.2.2004) 9.
**21** Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz/Iwona Wiśniewska, *Rosyjsko-ukraiński kompromis gazowy* [Der russisch-ukrainische Gaskompromiss], Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich, 5.1.2006 (Komentarze OSW), <www.osw.waw.pl/pub/koment/2006/01/060105.htm>.
**22** So die Angaben des Eigentümers der Pipeline, siehe <www.europolgaz.com.pl/gazociag_parametry.htm>.
**23** Siehe zur Kritik am Jamal-Vertrag: *Central European Oil and Gas Market*, Gdańsk/Warschau, Oktober 2002 [= Studien des Instytut III Rzeczpospolitej], S. 32; Witold St. Michałowski, »Jamałgate«, in: *Rurociągi* (online), 1/2003, <www.rurociagi.com/spis_art/2003_1/jamalgate.html>.
**24** *Central European Oil and Gas Market* [wie Fn. 23], S. 33f.

enthält.[25] So konnte nach Regierungsangaben die vertraglich fixierte Mindestliefermenge deutlich verringert bzw. (um zwei Jahre) gestreckt werden. Bis 2022 sei eine Reduktion um rund 30 Prozent erreicht worden.[26] Nach Auffassung der damaligen polnischen Regierung und des staatlichen Gasversorgers PGNiG machte es das Verhandlungsergebnis für Polen leichter, seine Gasversorgung zu diversifizieren, da die überdimensionierten Lieferungen aus Russland die Suche nach anderen Quellen bislang blockierten.

Diese positive Einschätzung des Abkommens vom Februar 2003 wurde allerdings von Fachleuten aus dem im weiteren Sinne konservativen oder (zu jenem Zeitpunkt) oppositionellen Lager nicht geteilt. Vor allem der polnische Rechnungshof (Najwyższa Izba Kontroli, NIK), der von der damaligen Opposition kontrolliert wurde, äußerte scharfe Kritik. Er bemängelte insbesondere folgende Punkte des Zusatzprotokolls:[27]

- Entgegen den offiziellen Verlautbarungen seien die Durchleitungsgebühren äußerst niedrig angesetzt.
- Die Reduktion der Abnahmemengen sei zu gering und verhindere daher den Abschluss neuer Verträge mit anderen Anbietern. Russlands dominante Position bei der Versorgung Polens mit Gas werde folglich auch in Zukunft fortbestehen.
- Überdies sei die russische Seite nicht auf den Bau der zweiten Pipeline verpflichtet worden.[28]
- Schließlich seien wichtige Fragen überhaupt nicht geregelt worden. So seien weder das Reexportverbot für das gelieferte Erdgas aufgehoben noch die Eigentumsverhältnisse von EuRoPolGaz transparenter gestaltet worden.

Doch sollten die Ergebnisse der polnisch-russischen Neuverhandlungen des Jamal-Vertrags nicht nur in düsteren Farben gemalt werden. Immerhin konnten die obligatorischen Liefermengen moderat gesenkt werden, so dass sich zusätzliche Diversifizierungschancen ergeben. Aber Polen hat seinen energiepolitischen Handlungsspielraum durch das Zusatzprotokoll auch nicht wesentlich erweitert. Vor allem ist es der russischen Seite mit dem neuen Abkommen leichter gemacht worden, gegebenenfalls den Plan einer zweiten Jamal-Leitung aufzugeben. Und genau dieser Fall scheint mit der Realisierung des Ostseepipeline-Projekts einzutreten.

## Diversifizierung von Gasimporten: Varianten und Richtungen

Schon die wachsame Beobachtung der »Energiekonflikte« im postsowjetischen Raum hatte in Polen eine Diskussion über die Diversifizierung von Gasimporten nach sich gezogen. Nach dem Regierungswechsel in Warschau 2005 wurde diese Debatte noch intensiver. Die siegreiche PiS hatte bereits in ihr Wahlprogramm geschrieben, die Energiesicherheit Polens könne nur dadurch erreicht werden, dass Polen vom Import russischen Erdgases unabhängig werde.[29] Zu den ersten Schritten der neuen Regierung Marcinkiewicz gehörte konsequenterweise die Ernennung eines mit Fragen der Diversifizierung des Imports von Energieträgern betrauten Regierungsbeauftragten im

**25** Diese zwischen den Regierungen abgeschlossene Rahmenvereinbarung wurde vier Monate später durch einen Handelsvertrag zwischen PGNiG und Gasprom konkretisiert, vgl. »Aneks z poślizgiem« [Annex mit Verzögerung], in: *Rzeczpospolita*, 24.6.2003.

**26** So sei die Liefermenge für den Zeitraum 2003–2022 von 232 Mio. m³ auf 161,4 Mio. m³ reduziert worden, vgl. »Rząd informuje o renegocjacji umowy gazowej z Rosją« [Die Regierung informiert über die Neuverhandlung des Gasabkommens mit Russland, in: *Kronika Sejmowa*, 100 (IV. Legislaturperiode/28.2.2005) 581, S. 21, <www.sejm.gov.pl/wydarzenia/kronika/4kad/kronika100.pdf>.

**27** Najwyższa Izba Kontroli, *Informacja o wynikach kontroli zaopatrzenia w gaz ziemny* [Information über die Ergebnisse der Kontrolle der Erdgasversorgung], Warschau, Juli 2004, <http://bip.nik.gov.pl/pl/bip/wyniki_kontroli_wstep/inform2004/2003083/px_2003083.pdf>; »Uzależnieni od Rosjan« [Abhängig von den Russen], in: *Rzeczpospolita* 6.5.2004; Maciej Janiec, *PGNiG – w cieniu kontraktu jamalskiego i unijnej dyrektywy gazowej* [PGNiG – im Schatten des Jamal-Vertrags und der EU-Gasdirektive], Juli 2004, <www.reakkt.com/analizy/pdf/pgnig20040708-2%20RA.pdf>, *Ocena realizacji polityki energetycznej państwa ze szczególnym uwzględnieniem bezpieczeństwa energetycznego* [Beurteilung der Umsetzung der staatlichen Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Energiesicherheit], Warschau 2003 [=Studien des Instytut III Rzeczpospolitej 2/2003]; Dorota Kołakowska, »Burza o gaz« [Sturm ums Gas], in: *Rzeczpospolita*, 9.7.2004.

**28** Zentraler Schwachpunkt des neu verhandelten Vertrags sei die polnische Einwilligung, die Lieferungen nicht nur – wie früher vereinbart – dort zu übernehmen, wo die Jamal-Pipeline auf polnisches Territorium trifft (Kondratki), sondern auch an drei weiteren Punkten. Hierdurch könne Gasprom seinen Verpflichtungen nachkommen, ohne dazu gezwungen zu sein, den Bau der Jamal-II-Leitung zu forcieren. Ein weiterer Nachteil dieser Regelung sei, dass die Kapazitäten sämtlicher Übernahmestellen an der polnischen Ostgrenze durch Gas aus Russland ausgelastet seien, so dass Alternativen für diesen Lieferungsweg faktisch ausgeschlossen seien.

**29** PiS, *IV Rzeczpospolita, Sprawiedliwość dla Wszystkich* [Die IV. Republik, Gerechtigkeit für alle]: *Program 2005*, <www.pis.org.pl/unit.php?o=partia&p=docs>.

Rang eines Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium. Ziel Polens ist es, den Mix seiner Gaseinfuhren wie folgt zu gestalten: Die Einfuhr aus Russland soll auf rund 7 Mrd. m³ gedeckelt, die Produktion aus eigenen Vorkommen auf 6 Mrd. m³ erhöht werden, und etwa 5 Mrd. m³ sollen durch »Diversifizierungsverträge« abgedeckt werden.[30] Mittelfristig soll ein Drittel der Gaseinfuhren aus Russland kommen, ein Drittel aus eigenen Vorräten befriedigt werden, und ein Drittel will man aus anderen Quellen (Norwegen, Flüssiggas) bestreiten.[31] Um die Geschäftspolitik des Gasversorgers PGNiG besser an die diversifizierungspolitischen Leitlinien anzubinden, wurde im Herbst 2006 dessen Statut dahingehend modifiziert, dass der Konzern ohne Zustimmung des Ministeriums für den Staatsschatz weder neue Verträge zum Import von Erdgas abschließen noch bestehende ändern darf. Überdies kann die PGNiG auch Maßnahmen treffen (z.B. Investitionen tätigen), die die wirtschaftliche Rentabilität schmälern, wenn die nationale Energiesicherheit dies erfordert.[32] Um die Projekte zur Diversifizierung der Gasversorgung und andere Vorhaben, die der Erhöhung der Versorgungssicherheit dienen sollen, finanziell abzusichern, setzt die polnische Regierung auf Mittel vor allem aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung. Mit Brüsseler Geldern soll fast die Hälfte der auf zwei Milliarden Euro geschätzten Ausgaben zur Verbesserung der polnischen Energiesicherheit abgedeckt werden.[33] Im Einzelnen werden die folgenden Diversifizierungsoptionen debattiert:

- *Skandinavien*. Schon die konservative Regierung Buzek (1997–2001) visierte eine massive Ausweitung von Erdgaslieferungen aus Skandinavien an. Im Sommer 2001 unterschrieben PGNiG und die dänische DONG eine Vereinbarung über die Belieferung Polens mit jährlich 2,5 Mrd. m³ Gas zwischen 2004 und 2012 und den Bau einer etwa 230 Kilometer langen Pipeline von Dänemark nach Polen (Baltic Pipe). Wegen der verhaltenen Nachfrageentwicklung in Polen wurde das Projekt jedoch aufgeschoben.[34] Ähnlich endeten zunächst die Verhandlungen mit Norwegen. Auf der Grundlage des bis 2006 geltenden sogenannten »kleinen norwegischen Vertrags« aus dem Jahr 1999 waren seit 2000 jährlich 0,5 Mrd. m³ Gas nach Polen gelangt.[35] Doch die Gespräche mit der norwegischen *Statoil* über die Realisierung des 2001 paraphierten »großen norwegischen Vertrags«, der die Lieferung von 74 Mrd. m³ Gas zwischen 2008 und 2024 und die Konstruktion einer 1100 Kilometer langen Pipeline vorsah, wurden Ende 2003 ausgesetzt. Das vorläufige Scheitern dieses Vorhabens wird unterschiedlich interpretiert. Im konservativ-nationalen Lager wird argumentiert, die zwischen 2001 und 2005 regierende Linke habe die Verhandlungen mit Norwegen von Anfang an nicht weiterführen wollen, da ihr nie an einer echten Diversifizierung und Emanzipation von russischen Erdgaslieferungen gelegen gewesen sei. Dieser »politischen« Deutung des Fehlschlags steht eine »wirtschaftliche« Erklärung entgegen, der zufolge ein Vertrag mit Norwegen deswegen nicht zustande kam, weil Statoil an der Rentabilität des Vorhabens zweifelte. Das norwegische Unternehmen fürchtete offenbar, dass der polnische Markt die vorgesehene jährliche Liefermenge in Höhe von 5 Mrd. m³ gar nicht würde absorbieren können, zumal man zum damaligen Zeitpunkt keine zusätzlichen Abnehmer fand.[36] Vertreter der Regierung Miller, die die Gespräche damals versanden ließ, hatten überdies damit argumentiert, dass Gas aus Norwegen wesentlich teurer sei als russische Einfuhren.

Mit dem Regierungswechsel von 2005 erhielt die »norwegische Option« wieder neuen Schwung – vielleicht auch deswegen, weil mit Piotr Woźniak ein Mann zum Wirtschaftsminister bestellt wurde,

**30** So die Aussage von Wirtschaftsminister Woźniak, vgl. Ministerstwo Gospodarki, *Konferencja »Bezpieczeństwo energetyczne Polski a polityka energetyczna Unii Europejskiej«* [Bericht über die Konferenz »Polens Energiesicherheit und die Energiepolitik der EU« auf den Seiten des polnischen Wirtschaftsministeriums], 30.5.2006, <www.mgip.gov.pl/Wiadomosci/Energetyka/konferencja+bezpieczenstwo.htm>.

**31** »Możejki zdobyte, ale ropa wciąż z Rosji« [wie Fn. 17].

**32** »PGNiG pójdzie z torbami za zgodą rządu« [Die PGNiG geht mit Erlaubnis der Regierung betteln], in: *Gazeta Wyborcza*, 25.10.2006.

**33** »Ponad miliard euro dla energetyki« [Mehr als eine Milliarde Euro für den Energiesektor], in: *Gazeta Wyborcza,* 27.9.2006; »Bezpieczeństwo energetyczne będzie nas dużo kosztować« [Energiesicherheit wird uns viel kosten], in: *Rzeczpospolita*, 27.9.2006.

**34** Zygmunt Nita, »Baltic Pipe – skandynawski tranzyt gazu« [Baltic Pipe – Gastransit aus Skandinavien], in: *Rurociągi*, (2001) 5, <www.rurociagi.com/spis_art/2001_5/baltic_pipe_skand_tran_gaz.html> .

**35** Dieser Vertrag mit norwegischen Lieferanten wurde im Sommer 2006 durch die bereits oben [siehe Fn. 6] angesprochene Vereinbarung mit VNG ersetzt; Andrzej Kublik, »PGNiG zastępuje gaz z Norwegii rosyjskim gazem z Niemiec« [PGNiG ersetzt Gas aus Norwegen durch russisches Gas aus Deutschland], in: *Gazeta Wyborcza*, 21.8.2006.

**36** Einzig Litauen hatte von Anfang an Interesse bekundet.

der bei den bis 2001 geführten Verhandlungen mit Statoil federführend war. Im Mai 2006 erklärte Woźniak, dass Polen eingeladen worden sei, sich an einem Konsortium zum Bau einer neuen norwegisch-schwedischen Gasleitung von Karstoe nach Westschweden zu beteiligen, die, so der Wunsch Warschaus, nach Polen verlängert werden könnte. Wenn Polen (also die PGNiG) sich nun auch selbst am Bau der Pipeline beteilige, habe man eine bessere Verhandlungsposition und könne vermutlich einen günstigeren Preis erreichen als dies beim ersten Anlauf vor einigen Jahren der Fall gewesen sei.[37] Bis 2010 sollen über diese Leitung bis zu 5 Mrd. m³ Gas geleitet werden. Diese Menge entspräche genau dem von Woźniak angestrebten Volumen aus »Diversifizierungsverträgen«. Allerdings befindet sich dieses Vorhaben noch in einem äußerst frühen Stadium, unter anderem ist der finanzielle Aufwand bislang unklar. Die Pipeline würde mindestens eine Milliarde Euro kosten und müsste aus Rentabilitätsgründen mit einer Kapazität von 8 bis 10 Mrd. m³ betrieben werden. Für die von Polen nicht benötigte Menge müssten also zusätzliche Abnehmer gefunden werden.[38]

- *LNG-Terminal.* Im Gespräch ist auch der Bau eines Terminals für die Einfuhr von Flüssiggas (LNG). Als Standort hierfür wurde Ende 2006 Swinemünde ausgewählt. Das Terminal soll um 2010/11 betriebsbereit sein und langfristig bis zu 7,5 Mrd. m³ pro Jahr umschlagen können.[39] Allerdings müssen für die Errichtung des Terminals, für neue Pipelines, mit denen die Endabnehmer versorgt werden können, und gegebenenfalls auch für die Anschaffung von LNG-Tankern erkleckliche Investitionen getätigt werden.[40]
- *Nabucco.* Gelegentlich wird auch die Möglichkeit ins Spiel gebracht, Polen einmal an die geplante Nabucco-Pipeline anzubinden, durch die Gas unter anderem aus dem Iran oder Zentralasien über die Türkei und Südosteuropa nach Westen gelangen soll. Allerdings ist dieses Projekt noch wenig konkret, und Polen möchte bei seinen Diversifizierungsschritten nicht warten, bis sich die diesbezüglichen Pläne substantiieren.[41]
- *Sarmatia.* Ähnlich abstrakt ist die Idee einer Pipeline, mit der Gas zum Beispiel aus dem Iran durch das Schwarze Meer und die Ukraine nach Polen bzw. weiter nach Westen transportiert werden soll. Im Grunde ginge es dabei um eine Leitung, die weitgehend parallel zur Odessa–Brody–(Płock)-Ölpipeline (siehe unten) verlaufen würde. Dieses noch sehr vage Projekt wäre also ohnehin an das Schicksal der Ölleitung geknüpft.
- *Systemverbindungen.* Seit Jahren wird über den Bau einer Pipeline von Bernau bei Berlin nach Police bei Stettin, also die Schaffung einer zusätzlichen Verbindung zum deutschen System, diskutiert, um auf diese Weise etwa Gas aus der Nordsee einzuführen. Die Gespräche zwischen PGNiG und der deutschen Verbundnetz Gas (VNG) wurden aber von polnischer Seite im Frühjahr 2006 abgebrochen, da man sich zunächst auf die norwegische Option bzw. den Bau eines LNG-Terminals konzentrieren will.[42] Fraglich ist, ob die in den Vorjahren am Projekt Bernau–Stettin interessierten Firmen *Bartimpex* und *Ruhrgas* ihre Bemühungen wiederaufnehmen werden.
  Im September 2005 wurde an der polnisch-ukrainischen Grenze eine neue Verbindung zum ukrainischen System in Betrieb genommen (Ustiług–Zosin–Hrubieszów–Werbkowice), die die Gasifizierung eines Teils Südostpolens sichert, den bisher einzigen Übernahmepunkt in Drozdowicze entlastet und mittelfristig die Einfuhr von bis zu 0,5 Mrd. m³ ermöglichen soll.[43]
- *Umkehrung der Fließrichtung des Westabschnitts der Jamal-Pipeline.* Zu den Konsequenzen des Gasschocks vom Februar 2004 gehört, dass in Polen überlegt wurde, den Westabschnitt der Jamal-Pipeline auch in umgekehrter Richtung zu nutzen. In Krisen-

**37** »Nowe rozmowy, stary projekt« [Neue Gespräche, altes Projekt], in: *Rzeczpospolita*, 12.5.2006.
**38** Łakoma, »Bezpieczeństwo to luksus« [wie Fn. 4].
**39** »PGNiG rusza z pracami nad gazoportem« [PGNiG nimmt Arbeiten zum Gasanlandeterminal in Angriff], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.4.2006.
**40** Die Kosten eines Terminals werden auf etwa 350–400 Mio. Euro geschätzt. Dazu kommen rund 650 Mio. Euro für die erforderlichen Pipelines, vgl. »Gazoport dla PGNiG za wszelką cenę?« [Gasterminal für die PGNiG um jeden Preis?], in: *Gazeta Wyborcza*, 17.9.2006; »Bezpieczeństwo za miliard« [Sicherheit für eine Milliarde], in: *Rzeczpospolita*, 19.1.2007.
**41** »Możliwy gaz z Norwegii« [Gas aus Norwegen ist möglich], in: *Rzeczpospolita*, 27.1.2006.
**42** Andrzej Kublik, »PGNiG potajemnie zawiesiło umowę o połączeniu z niemieckimi gazociągami« [PGNiG setzte heimlich den Vertrag über eine Verbindung mit den deutschen Gaspipelines aus], in: *Gazeta Wyborcza*, 5.4.2006.
**43** Centrum Informacji o Rynku Energii (CIRE) [Zentrum für Energieinformationen der polnischen Regierung], *Połączenie gazociągów. Gazyfikacja Hrubieszowa* [Verbindung von Gaspipelines. Aufbau der Gasversorgung von Hrubieszów], 12.9.2005, <www.cire.pl/item,18870,8.html>.

situationen könnte somit Erdgas über Deutschland nach Polen gelangen. Als von Deutschland diesbezügliche Offerten unterbreitet wurden, stießen sie in Warschau jedoch auf wenig Begeisterung.[44]

Welche dieser Optionen wird von polnischer Seite favorisiert? An zwei Beschlüssen des Ministerrats von Anfang Januar bzw. Ende Mai 2006, einem entsprechenden Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats, an der im März 2007 angenommenen Strategie für den Gassektor sowie an Äußerungen führender polnischer Politiker lassen sich die Präferenzen ablesen:[45] Die jetzige Warschauer Administration setzt auf den Bau einer Pipeline von Norwegen und auf das LNG-Terminal. Flankiert werden sollen diese Maßnahmen durch eine intensivere Nutzung heimischer Gasvorkommen und den Ausbau von Bevorratungskapazitäten.

## Ungeliebte Investoren

Sieht man von der Umgestaltung des Steinkohlebergbaus ab, ist die Restrukturierung des polnischen Energiesektors bisher eher schleppend verlaufen. Inhaltliche Streitigkeiten hatten zur Folge, dass Restrukturierungs- und Konsolidierungsprogramme immer wieder modifiziert wurden und die Privatisierung phasenweise ausgesetzt wurde. Dort aber, wo die Überführung in private Hände auf der Tagesordnung steht, spielt immer auch die Furcht vor russischem Kapital eine wichtige Rolle. Denn aus polnischer Sicht ist die Übernahme von wichtigen Unternehmen im Energiesektor ein zentrales Element des energiepolitischen »Imperialismus«, den Warschau Russland unterstellt.[46] Der Blick in manche Nachbarländer und die Erfahrungen mit dem einzigen großen polnisch-russischen Joint Venture, der Pipelineeigentümerin EuRoPolGaz, haben derartige Vorbehalte erhärtet. Und Gerüchte verstärken diese Sorge. Bei einem der großen und immer noch nicht restlos aufgeklärten Korruptionsskandale Polens der letzten Jahre, der sogenannten »Orlen-Affäre«, sollen angeblich hochrangige polnische Politiker Gespräche mit russischen Vertretern (u.a. von *Lukoil*) geführt haben, bei denen es um die Veräußerung bedeutender Segmente der ölverarbeitenden Industrie Polens gegangen sei.

Gerade im Erdölsektor ging man von polnischer Seite denn auch in die Offensive. Ende Mai 2006 erhielt PKN Orlen, den Zuschlag für das litauische Downstream-Konglomerat *Mažeikiu Nafta*, zu dem unter anderem die größte Raffinerie im Baltikum und das Terminal Butinge gehören. Die Mehrheitsanteile an Mažeikiu Nafta waren im Jahr 2002 an *Jukos* verkauft worden und gingen nun ebenso wie die meisten Anteile des litauischen Staates an Orlen. Ende 2006 wurde das Geschäft unter Dach und Fach gebracht und die polnische Firma erlangte für rund 2,5 Milliarden US-Dollar 84 Prozent der Aktien.[47] Mit dieser größten Auslandsinvestition eines polnischen Unternehmens soll offensichtlich der Grundstein für den Aufbau eines potenten regionalen Akteurs im Ölgeschäft gelegt werden. Nachdem Orlen im Mai 2005 bereits die tschechische *Unipetrol* übernommen hat, ist das Unternehmen aus Płock nun im Begriff, einer der mächtigsten ölverarbeitenden Konzerne im östlichen Mitteleuropa zu werden. Die Orlen-Gruppe kann durch den Erwerb von Mažeikiu künftig bis zu 26 Millionen Tonnen Öl verarbeiten. Dieses stammt bislang fast gänzlich aus Russland. Die Abhängigkeit von russischen Lieferungen ließ in Polen von Anfang an Bedenken aufkommen. Man fürchtete, russische Produzenten bzw. Pipelinebetreiber könnten ihre »Entscheidungen nicht unbedingt ausschließlich auf betriebswirtschaftliche Kriterien« stützen.[48] Als es im Sommer 2006 zu einer Havarie der Versorgungspipeline auf weißrussischem Territorium kam und der

**44** Nach polnischen Angaben hängt dies vornehmlich mit russischem Widerstand zusammen: Warschau könne in dieser Frage nicht einseitig agieren, da Gasprom als Miteigentümer der Jamal-Pipeline ein Mitentscheidungsrecht über die Nutzung der Leitung bzw. diesbezügliche Investitionen habe.

**45** Vgl. Kancelaria Prezesa Rady Ministrów, *Komunikat po posiedzeniu Rady Ministrów* [Mitteilung nach der Sitzung des Ministerrats], 31.5.2006, <www.kprm.gov.pl/441_17370.htm>; dass., *Uchwała w sprawie działań mających na celu dywersyfikację dostaw nośników energii* [Beschluss über die Diversifizierung der Lieferungen von Energieträgern] 3.1.2006 r., <www.kprm.gov.pl/3585_16895.htm>; Biuro Bezpieczeństwa Narodowego (BBN), *Posiedzenie Rady Bezpieczeństwa Narodowego z dnia 22 maja 2006 roku* [Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats vom 22.5.2006], <www.bbn.gov.pl/?lin=3&last=153&idtext=320>; Minister Gospodarki, *Polityka dla przemysłu gazu ziemnego* [wie Fn. 15].

**46** Diesen Begriff benutzte etwa der ehemalige polnische Geheimdienstkoordinator Siemiątkowski, »Rosyjska ofensywa« [Russische Offensive] (Interview mit Zbigniew Siemiątkowski), in: *Gazeta Wyborcza*, 24.11.2004.

**47** »Największy zajazd na Litwie« [»Die größte Besitzergreifung in Litauen], in: *Rzeczpospolita*, 26.5.2006.

**48** ReAKKT, *PKN Orlen: Możeiki i co dalej?* [PKN Orlen: Mažeikiai und was nun?], 24.6.2006 (ReAKKT Newsletter), <www.reakkt.com/newsletter/reakkt20060528.pdf>.

russische Leitungseigner unter Hinweis auf technische Probleme und Reparaturkosten die Lieferungen an Mažeikiu auf unabsehbare Zeit aussetzte, sahen sich die warnenden Stimmen in Polen bestätigt.[49] Dennoch und trotz eines schweren Brands in der litauischen Raffinerie hielt Orlen an dem Geschäft fest. Mažeikiu wird wegen der immer noch trockenen Pipelines über das Terminal in Butinge versorgt. Für Orlens Investition dürfte gesprochen haben, dass der polnische Konzern im Falle einer Übernahme Mažeikius durch russische Investoren geschwächt worden wäre: Diese, so die Befürchtung, hätten von Litauen aus nach Polen expandiert und die dortige Dominanz Orlens möglicherweise so weit untergraben, dass eine Übernahme des polnischen Unternehmens gedroht hätte.

Auf jeden Fall wird es für PKN Orlen und andere polnische Mineralölkonzerne und Gasversorger zu einer immer dringenderen Herausforderung, sich durch eigenes Engagement einen direkten Zugang zu Lagerstätten zu sichern. Der vormalige Orlen-Chef Chalupec hatte im Juni 2006 erklärt, es sei eine der Prioritäten seiner Unternehmenspolitik, Orlen zum »größten integrierten Konzern« der Region zu machen und sich daher aktiv am Upstream-Geschäft zu beteiligen. Bis 2015 soll Orlen 20 Prozent seiner Produktion aus eigenen Vorkommen bestreiten.[50] Die PGNiG will sich an der Suche nach Öl und Gas in Kasachstan beteiligen.[51] Die Firma *Prokom*, die einem der reichsten polnischen Geschäftsleute, Ryszard Krauze, gehört, soll sich in Kasachstan Ölfelder mit geschätzten 2 Milliarden Barrel gesichert haben.[52] Anfang März 2007 wurde zudem bekannt, dass die PGNiG einen 15-Prozent-Anteil an zwei Öl- und Gasfeldern vor der Küste Norwegens erworben hat.[53]

Gibt es die Chance, einen konsolidierten »polnischen« und führenden mitteleuropäischen Konzern aufzubauen, der robust genug gegen ungewollte Übernahmen ist? Die gegenwärtig wichtigste Regierungspartei PiS hat schon in ihrem Wahlprogramm 2005 erklärt, sie wolle etwas gegen eine drohende »Beherrschung des polnischen Mineralölsektors durch Russland« tun.[54] Im Einklang damit hatte der erste von der Partei gestellte Regierungschef Marcinkiewicz in einer Regierungserklärung angekündigt, PKN Orlen und die Aktiengesellschaft Lotos würden auch künftig unter der Kontrolle des polnischen Staats bleiben.[55] Eine im Dezember 2005 vom Finanzministerium veröffentlichte Liste von 15 Unternehmen mit »besonderer Bedeutung für die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit«, in denen der polnische Staat spezielle Mitspracherechte besitzt, umfasst zahlreiche Schlüsselunternehmen aus der Energiewirtschaft.[56] Die Regierungsstrategie für den Ölsektor nennt als eine der Prioritäten, die »Minderung des Risikos einer feindlichen Übernahme von Wirtschaftssubjekten, die sich mit Verarbeitung, Transport und Lagerung von Erdöl beschäftigen«.[57] Klar ist mittlerweile, dass die beiden polnischen Raffinerien (Orlen und Rafineria Gdańska) nicht fusioniert werden sollen. Denn würden beide Konzerne zusammengelegt, wäre im

**49** »Orlen chce jak najszybciej przejąć Możejki« [Orlen will so schnell wie möglich Mažeikiai übernehmen], in: *Gazeta Wyborcza,* 18.10.2006; »Możejki to wciąż łakomy kąsek« [Mažeikiai ist weiterhin ein Schnäppchen], in: *Gazeta Wyborcza*, 16.10.2006; »Inwestycja na 10–20 lat« [Eine Investition für 10 bis 20 Jahre] (Interview mit dem PKN-Vorstandschef Igor Chalupec), in: *Rzeczpospolita*, 4.11.2006.

**50** »Wywiad z Igorem Chalupec – prezesem PKN Orlen« [Interview mit Igor Chalupec, Vorstandsvorsitzender von PKN Orlen], Radio PiN 102 FM, 13.6.2006, in: Portal gazeta.pl; <http://gospodarka.gazeta.pl/gospodarka/1,58880,3414887.html>.

**51** »PGNiG poszuka złóż w Kazachstanie« [PGNiG sucht Lagerstätten in Kazachstan], in: *Gazeta Wyborcza*, 11.10.2006.

**52** »Krauze kupił ogromne złoża ropy w Kazachstanie« [Krauze kaufte riesige Öllagerstätten in Kasachstan], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.8.2006.

**53** Die Felder werden auf etwa 36 Mrd. m³ Gas und 15 m³ Öl geschätzt, »PGNiG ogłasza gazowy sukces, ale wątpliwości zostają« [PGNiG verkündet neuen Erfolg im Gassektor, doch die Zweifel bleiben], in: *Rzeczpospolita*, 2.3.2007.

**54** PiS, *IV Rzeczpospolita, Sprawiedliwość dla Wszystkich, Program 2005* [wie Fn. 29].

**55** Kancelaria Prezesa Rady Ministrów, *Expose premiera Kazimierza Marcinkiewicza* [Regierungserklärung von Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz], 10.11.2005, <www.kprm.gov.pl/1433_14848.htm>. Der polnische Staat besitzt rund 27% der Aktien von Orlen und 59% von Lotos (bisher direkt und über die Staatsholding Nafta Polska. Diese wird aber aufgelöst und ihr Eigentum auf den polnischen Staat übertragen).

**56** Ministerstwo Skarbu Państwa (MSP), *Rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 13 grudnia 2005 r. w sprawie listy spółek o istotnym znaczeniu dla porządku publicznego lub bezpieczeństwa publicznego* (Dz. U. z dnia 29 grudnia 2005 r.) [Liste der Unternehmen mit besonderer Bedeutung für die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Sicherheit; Verordnung des Ministerrats vom 13.12.2005 ], <www.msp.gov.pl/download.php?s=2&id=408>.

**57** Minister Gospodarki, *Politika rządu RP dla przemysłu naftowego w Polsce* [wie Fn. 17].

Fall einer Übernahme die gesamte polnische Ölverarbeitung betroffen.[58]

Ob in Gestalt von PKN Orlen tatsächlich ein großer regionaler Konzern entsteht, ist offen. In Anbetracht der weiterhin niedrigen Kapitalausstattung des polnischen Unternehmens würde allein das Zusammengehen mit der ungarischen MOL eine Integration ermöglichen, bei der Orlen auf gleicher Augenhöhe stehen könnte.[59] Auch für einen mitteleuropäischen Konzern würde sich indes die Frage des Ressourcenzugangs stellen. Selbst der frühere PKN-Orlen-Chef Zbigniew Wróbel, ein Anhänger der »mitteleuropäischen Variante«, geht davon aus, dass auch eine Konstruktion, die die MOL einbezieht, die Selbständigkeit der mitteleuropäischen Ölverarbeitungsindustrie nur vorübergehend sichern könnte.[60] Aus polnischer Sicht könnte es daher längerfristig interessant sein, den nationalen Ölsektor durch Kooperation mit einer großen westlichen Firma zu konsolidieren. Dieser Gruppe könnte dann auch ein russisches Unternehmen beitreten. Solche Überlegungen sind allerdings gegenwärtig rein spekulativ.

Auch in der Gaswirtschaft will die polnische Regierung einem eventuellen Einkauf ausländischer Interessenten Einhalt gebieten. Nach der Ausgliederung des Leitungsnetzes aus der PGNiG und der Schaffung der Betreiberfirma *Gaz-System* (sie gehört zu 100% dem Staat) sowie der im September 2005 erfolgten Emission von 900 Millionen Aktien (die knapp 700 Mio. Euro brachten) beträgt der Staatsanteil an der PGNiG noch 85 Prozent.[61] Die Umstände des Börsengangs des größten polnischen Gasversorgers werden von der jetzigen Regierung kritisiert. Aus Angst vor der Intervention unliebsamer Interessenten war die ursprünglich geplante Ausgabe von Belegschaftsaktien gestoppt worden.[62] Seitens der Regierung gibt es aber im Fall der PGNiG noch keine ausgearbeitete Vision über die langfristige Unternehmensentwicklung. Allein schon aufgrund der begrenzten Kapitalausstattung ist es indes wahrscheinlicher, dass weitere Unternehmensteile (Gasgewinnung, einzelne der sechs regionalen Gasversorger, Anteile an der Jamal-Leitung, Bevorratungskapazitäten) ausgegliedert werden als dass ein »nationaler Champion« mit internationalem Expansionspotential aufgebaut wird.[63]

## Energiepolitik als Element der polnischen Ostpolitik

Die Herstellung bzw. Sicherung geopolitischer Pluralität im postsowjetischen Raum ist *das* Leitmotiv der polnischen Ostpolitik und der Bemühungen Polens im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Insbesondere die Stärkung der Ukraine ist ein Eckpfeiler dieser Strategie. Es überrascht daher kaum, dass Polen auch durch energiepolitische und energiewirtschaftliche Manöver versucht, die Ukraine zu unterstützen, und das heißt vor allem, deren Abhängigkeit von Russland in Sachen Energie zu mindern. Nicht von ungefähr nehmen im politischen Dialog zwischen Warschau und Kiew Energiefragen immer einen prominenten Platz ein.[64]

Ein erstes augenfälliges Beispiel für Polens energie- und außenpolitisches Engagement zugunsten der Ukraine war die Reaktion Warschaus, als im Jahr 2000 Planungen für eine Bypass-Leitung um die Ukraine an die Öffentlichkeit gelangten. Gasprom hatte die Ukraine des Gasdiebstahls bezichtigt und erwog daraufhin den Bau einer Pipeline, die um das Land herum über Belarus und Polen in die Slowakei führten sollte. Polen begegnete diesem Ansinnen ablehnend, erkannte aber bald, dass es im Bereich der Energiepolitik einer machtvollen Allianz westeuropäischer und russischer Interessen gegenüberstand. In dieser Hinsicht war die Diskussion um die sogenannte *pieremyčka* ein Vorgeschmack auf die Auseinandersetzungen um die Ostseepipeline.

**58** Ebd.
**59** Vgl. ReAKKT, *PKN Orlen: Możeiki i co dalej?* [wie Fn. 48].
**60** Zitiert nach *Ocena realizacji polityki* [Fn. 27], S. 23.
**61** Nach Ausgabe von Aktien für die Mitarbeiter wird dieser 75% betragen.
**62** Vgl. »PGNiG pod kontrolą państwa« [PGNiG unter staatlicher Kontrolle], in: *Rzeczpospolita*, 22.3.2007; im Strategiepapier für die Gasindustrie wird explizit angestrebt, die Risiken zu reduzieren, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Ausgabe von Aktien der PGNiG entstanden, Minister Gospodarki, *Polityka dla przemysłu gazu ziemnego* [wie Fn. 15].
**63** Vgl. zu den Szenarien: ReAKKT, *Scenariusze dla dywersyfikacji gazu i PGNiG* [Szenarien für die Diversifizierung im Gassektor und für die PGNiG], 14.6.2006 (ReAKKT Newsletter) <www.reakkt.com/newsletter/reakkt20060614.pdf>.
**64** Formell brachte dies eine gemeinsame Erklärung der beiden Staatspräsidenten vom Februar 2006 zu Fragen der bilateralen Energiekooperation zum Ausdruck, BBN, *Wspólna Deklaracja Prezydentów Rzeczypospolitej Polskiej i Ukrainy w sprawie rozwoju współpracy w energetyce* [Gemeinsame Erklärung der Staatspräsidenten Polens und der Ukraine über die Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft], 28.2.2006, <www.bbn.gov.pl/?lin=5&last=226 >.

**Karte 2**
**Bestehende und geplante Ölpipelines in und um Polen**

Quelle: PERN <www.pern.com.pl/index.php?dzid=40>.

Das gegenwärtig wichtigste energiepolitische Vorhaben im Zusammenhang mit Polens Ukraine-Ambitionen ist die Ölpipeline Odessa–Brody–Płock/Danzig. Dieses Projekt wäre die Verwirklichung einer seit Mitte der neunziger Jahre von der Ukraine (aber auch von anderen Akteuren wie den USA oder europäischen Ländern) verfolgten Idee, einen neuen euroasiatischen Transport- und Infrastrukturkorridor zu schaffen. Konkret wurde und wird der Bau eines zu Russland alternativen Öltransportsystems erwogen, durch das Erdöl aus dem kaspischen Raum über das Schwarze Meer und die Ukraine nach Westen gelangen soll.[65] Die von der ukrainischen *UkrTransnafta* erstellte Pipeline führt von der Hafenstadt Odessa (bzw. dem dort gebauten Terminal Pivdennyi) ins westukrainische Brody, wo sie auf den Südarm der Družba-Leitung, einer der zentralen Ost-West-Magistralen für den Ölexport, trifft. Ein zentrales Argument für das Konzept der Odessa–Brody-Pipeline ist das Bedürfnis nach einem Exportweg, der den »Flaschenhals« Bosporus entlasten würde. Das Projekt wurde allerdings bislang nicht realisiert, obwohl Leitung und Terminal bereits seit Anfang 2002 fertiggestellt sind. Erstens war von Anfang an nicht gesichert, woher das Öl für die Pipeline kommen soll. Und zweitens sind Russland bzw. russische Firmen verständlicherweise nicht daran interessiert, dass der neue Strang in Betrieb genommen wird und haben daher versucht, das Vorhaben in ihrem Sinn zu modifizieren. Die Konsequenz: Zunächst stand die Pipeline mangels Lieferungen leer, dann gelang es der russisch-britischen TNK-BP, sich in der Ukraine mit ihrem Wunsch durchzusetzen, russisches Öl durch die Leitung zu pumpen – allerdings in umgekehrter Richtung, um so weiter über die Route Schwarzmeer–Bosporus exportieren zu können.

Polen spielt beim Aufbau eines solchen euroasiatischen Öltransportkorridors insofern eine Rolle, als auf seinem Territorium ein Verbindungsstück zwischen Brody und Płock, wo die Leitung auf den Nordarm der

**65** Vgl. zur Vorgeschichte Manuela Troschke, *Die Pipeline Odessa-Brody: Entscheidung für die strategische Leere,* München, 13.3.2004 (Kurzanalysen und Informationen, 13/2004), <www.lrz-muenchen.de/~oeim/info13.pdf>.

Družba träfe, gebaut werden könnte.[66] Einem (vorläufigen) Businessplan vom Frühjahr 2006 zufolge belaufen sich die nötigen Investitionen für den Bau des etwa 540 Kilometer langen Zwischenstücks auf eine halbe Milliarde Euro. Ziel ist es, in einer ersten Phase bis zu 15 Millionen Tonnen jährlich, dann bis zu 25 Millionen Tonnen zu transportierten.[67] Polnische Politiker haben in den vergangenen Jahren immer wieder Interesse an diesem Projekt signalisiert, und zwar aus folgenden Gründen:

- Polen könnte hierdurch seinen Status als Transitland verbessern. Von Płock aus könnte das aus dem kaspischen Raum stammende Öl nach Deutschland (Wilhelmshaven und von da unter anderem in die USA) oder nach Danzig gelangen, von wo es nach Skandinavien verschifft würde.
- Der Anschluss an die Odessa–Brody-Leitung würde zur Diversifizierung der polnischen Öleinfuhren beitragen. Polen könnte kaspisches Öl importieren, das nicht über russisches Territorium nach Westen gelangt.[68]
- Vor allem würde Polen die Ukraine politisch und wirtschaftlich stärken, da das Land ein strategisches Infrastrukturprojekt weitgehend autonom realisieren könnte, in den Genuss von Transitgebühren käme und seine Abhängigkeit von Russland bei Lieferungen von Energieträgern reduzieren würde.

Polen hat in der Tat immer wieder versucht, das Projekt Odessa–Płock voranzubringen. Im November 2003 etwa wurde in Brüssel ein Regierungsabkommen über den Bau der Verbindung zwischen Brody und Płock unterzeichnet. Diesem Akt ging eine gemeinsame Erklärung Polens, der Ukraine und der EU-Kommission voraus, in der sich alle drei Seiten für die Umsetzung des Vorhabens aussprachen. Der polnische Pipelinebetreiber PERN und die ukrainische UkrTransnafta gründeten im Sommer 2004 das Joint Venture *Sarmatia*, das den Businessplan in Auftrag gab und detaillierte Investitionsberechnungen durchführen soll.[69] Auch die seit Herbst 2005 amtierende polnische Administration hat bekräftigt, dass sie am Projekt Odessa–Brody–Płock weiterarbeiten will. In der Regierungserklärung von Premierminister Marcinkiewicz wurde dem Vorhaben Priorität zugemessen. Und nicht von ungefähr nahm Polens Präsident Kaczyński während des Gründungstreffens der neuen GUAM-Gruppe im Mai 2005 auch an den Beratungen über die Energiekooperation und die Realisierung des Pipelinekonzepts teil.[70]

Allerdings folgten den Worten bislang nicht ausreichend Taten. Mit der »orangenen Revolution« schienen sich die politischen Rahmenbedingungen zwar in einer für das Projekt günstigen Weise zu verändern, denn die »orangene« Führung hatte von Anfang an signalisiert, dass sie für die Inbetriebnahme der Pipeline in der ursprünglichen Fließrichtung einsteht. Doch schon mit der »Rückkehr« von Regierungschef Janukowytsch änderte sich die Situation abermals. Zunächst bestätigte der alte und neue Ministerpräsident gegenüber Polens Premier Jarosław Kaczyński im Herbst 2006, dass die Ukraine an dem Vorhaben festhalten wolle. Ein erster Schritt sollte die Nutzung der Südroute der Družba sein: Auf diesem Weg könnte Öl von Brody ins tschechische Kralupy geleitet werden. Die dortige Raffinerie wird von PKN Orlen (via Unipetrol) kontrolliert. Dann allerdings verständigte sich die ukrainische Pipelineeigentümerin UkrTransnafta mit ihrem russischen Geschäftspartner im Dezember 2006 auf eine Verlängerung des Betriebs der Odessa–Brody-Leitung in umgekehrter Richtung bis 2010. Auch drängte Janukowytsch nun darauf, dass alle Schwarzmeeranlieger das Recht haben müssten, die Pipeline zu nutzen – also auch Russland. Damit würde das Projekt seinen Charakter als alternative Transportroute zu Russland verlieren.[71] Ähnliches vernahm Polens Präsident Lech Kaczyński auch vom kasachischen Staatsoberhaupt Nasarbajev. Dieser macht die Beteiligung Russlands fast schon zu einer

**66** Erwogen wird auch der Bau einer Verbindung zwischen Brody und Adamowo, also einer Anbindung an den östlichsten Punkt des polnischen Teils der Družba, von wo aus das Öl durch die neue dritte Linie der Pipeline nach Westen käme, vgl. »Przemysław Wipler o dostawach ropy: konieczna współpraca z Ukrainą« [Przemysław Wipler zu Rohöllieferungen: Zusammenarbeit mit der Ukraine ist notwendig] (Interview mit P. Wipler, Leiter der Beratergruppe für Diversifizierungsfragen beim stv. Wirtschaftsminister Naimski), in: *Nowy Przemysł*, 06/2006.

**67** »Trzeba przekonać Kazachów« [Die Kasachen müssen überzeugt werden], in: *Rzeczpospolita*, 16.3.2006.

**68** Eine Herausforderung wäre dabei die Umstellung der, wie erwähnt, auf die Rohölsorte Urals eingerichteten polnischen Raffinerien.

**69** »Ropa popłynie do Polski« [Das Öl wird nach Polen fließen], in: *Rzeczpospolita*, 5.2.2004; »Cysterny na początek« [Für den Anfang Tankwagen], in: *Rzeczpospolita*, 25.2.2004; »Z opóźnieniem, ale będzie« [Wenn auch mit Verspätung, aber sie wird kommen], in: *Rzeczpospolita*, 19.6.2004.

**70** »WNP nie została pogrzebana w Kijowie« [Die GUS wird in Kiew nich begraben], in: *Gazeta Wyborcza*, 23.5.2006.

**71** »Zagrożony rurociąg z Odessy do Gdańska« [Ölpipeline von Odessa nach Danzig in Gefahr], in: *Rzeczpospolita*, 5.3.2007.

Bedingung für das Engagement seines Landes.[72] Kasachstan war auch nicht durch hochrangige Vertreter an dem »Energiegipfel« beteiligt, zu dem im Mai 2007 die Staatschefs von Polen, Litauen, der Ukraine, Aserbeidschan und Georgien in Krakau zusammenkamen. Der Präsident des zentralasiatischen Landes traf sich beim gleichzeitigen, von Russland initiierten »Konkurrenzsummit« mit seinem russischen und turkmenischen Amtskollegen. Durch die Eröffnung der Baku–Tbilissi–Ceyhan-Pipeline, also einer weiteren Alternativroute zu Russland bzw. zum Bosporus, im Mai 2005 erhielt das Vorhaben einen zusätzlichen Dämpfer. Auch der Plan einer Schwarzmeer–Adria-Leitung zügelt den Optimismus der Befürworter der Brody–Płock-Verbindung.

In den letzten Jahren wurden daher in Polen immer wieder Zweifel an dem Vorhaben laut. Skeptiker stellen insbesondere die Frage, ob man überhaupt in der Lage sei, ausreichende Liefermengen aus der kaspischen Region zu kontraktieren, langfristige Verträge mit genügend Abnehmern zu sichern und den Transport bis ans Schwarze Meer sicherzustellen (zumal das Gros der Lieferungen vorläufig über das russische Terminal Novorossyjsk abgewickelt werden müsste).[73]

Alles in allem hielt sich die polnische Regierung bislang jenseits ihrer verbalen Bekenntnisse zu dem Bauvorhaben zurück und bot weder Kredite, Bürgschaften noch andere Formen konkreter Unterstützung an. Selbst für den mit Diversifizierungsfragen betrauten Regierungsbeauftragten Naimski gibt es noch zu »viele Zweifel in dieser Angelegenheit«.[74] Insgesamt scheinen die Warschauer Regierungen das Projekt Odessa–Brody–Płock unter eine Art Rentabilitätsvorbehalt gestellt zu haben. Nur wenn sich die Sache rechnet, Investoren mit von der Partie sind und längerfristige Liefer- und Abnehmerbeziehungen bestehen, wird man sich unter Umständen auch finanziell daran beteiligen. Dieser Tatbestand ändert aber nichts daran, dass Warschau die Planungen intensivieren will. Nicht zuletzt eine stärkere Einbindung der Europäischen Union soll Fortschritte bringen.[75] So wurde durch das vor allem aus TACIS-Mitteln finanzierte INOGATE-Kooperationsprogramm eine trilaterale Arbeitsgruppe von Fachleuten aus der Ukraine, Polen und der EU gebildet, die sich mit dem Projekt Odessa–Brody–Płock beschäftigt. Für die Erstellung des Businessplans des Vorhabens hat die Kommission bereits 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.[76]

## Interdependenz durch Transit

Russland bzw. den russischen Unternehmen geht es beim Energieexport darum, unabhängiger von Transitländern zu werden und im Idealfall »Transportautarkie« zu erlangen. Dies impliziert aus Moskauer Sicht unter anderem, dass Pläne für neue Transportwege, die jenseits des russischen Territoriums verlaufen, zu vereiteln sind (exemplarisch hierfür ist die Ölpipeline Odessa–Brody–Płock/Danzig). Gleichzeitig bemüht sich Russland selbst, seine Abhängigkeit von wichtigen Transitländern zu verringern, indem es Konzepte für die Erstellung alternativer Routen und die dazugehörige Infrastruktur entwickelt. Beispiele für diese Strategie sind die Drohung mit dem Gas-Bypass um die Ukraine, die Verlängerung der Blue-Stream-Pipeline bis nach Ungarn oder die Errichtung des Ölterminals in Primorsk bzw. die Forcierung des Ölexports via Ostsee. Die letztgenannten Maßnahmen bringen die baltischen Häfen wirtschaftlich in die Bredouille und würden im Extremfall den Nordarm der Družba überflüssig machen.

Polen ist – wie auch anderen Transitländern – daran gelegen, der russischen Politik der Transportdiversifizierung entgegenzuwirken und durch Trassen-

**72** »Kazachowie chcą z Polakami budować ropociąg, ale nie bez Rosji« [Kasachen wollen mit den Polen eine Ölpipeline bauen, aber nicht ohne Russland], in: *Rzeczpospolita*, 30.3.2007.

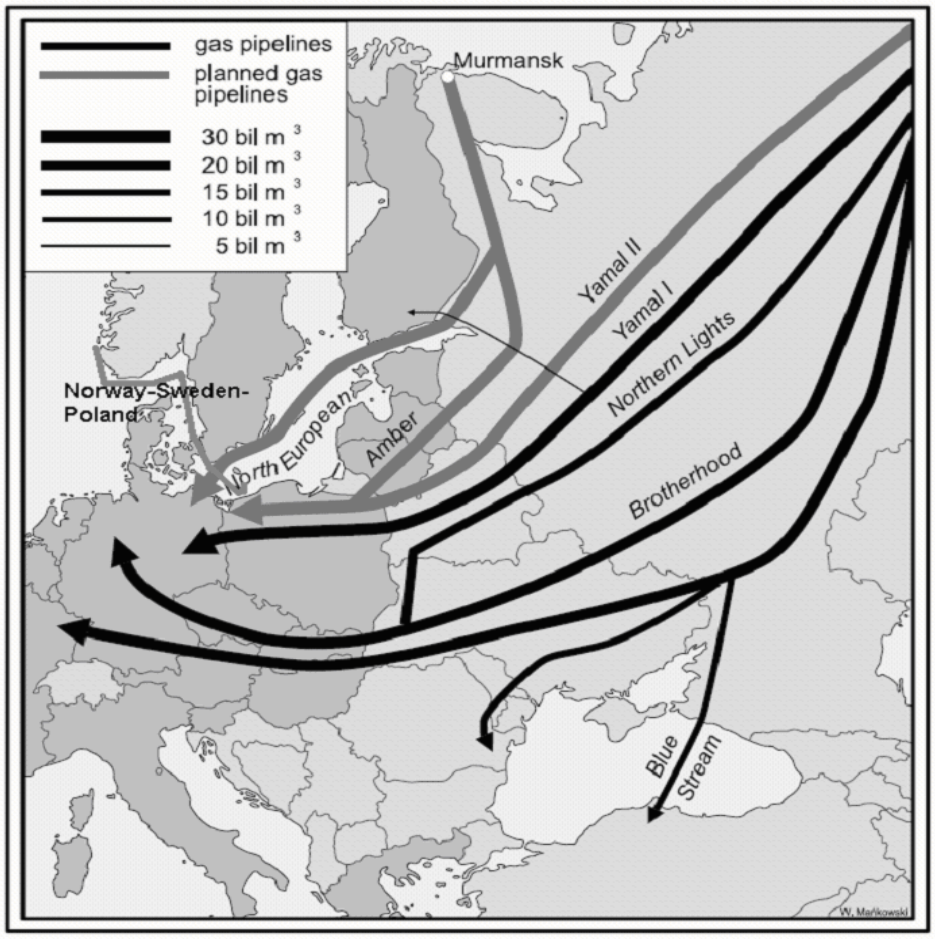
**73** Siehe hierzu: Jan Puchalski, »Ukraiński ropociąg« [Die ukrainische Ölpipeline], in: *Sprawy polityczne*, (2003) 23/24, S. 37–46, hier S. 42ff.

**74** Bericht des Staatssekretärs im polnischen Wirtschaftsministerium, Piotr Naimski, während der 9. Sitzung des Sejms vom 26.1.2007, *9. posiedzenia Sejmu, Obrady w dniu 26 stycznia 2006 r.*, S. 259, <http://orka.sejm.gov.pl>. Angeblich befürchtet Naimski, das Projekt könne letztlich doch unter russische Kontrolle gelangen, so dass Polen durch das Odessa-Brody-Vorhaben noch abhängiger von Moskau würde.

**75** Gleichzeitig versucht Polen, in den USA für die Pipeline zu werben. Die Odessa–Brody-Pipeline war etwa Thema während des US-Besuchs von Premier Kaczyński im September 2006. Sowohl über Effekte eines amerikanischem Engagements als auch über die grundsätzliche Einstellung Polens gegenüber einer solchen Beteiligung besteht aber Unklarheit. Angeblich soll Warschau amerikanische Firmen, die an dem Vorhaben interessiert sind, zurückgewiesen haben, »Polski rząd mówi ›nie‹ amerykańskim nafciarzom« [Polnische Regierung sagt amerikanischen Ölfirmen Nein], in: *Gazeta Wyborcza*, 12.10.2006.

**76** Ein Element der Ungewissheit kam dadurch ins Spiel, dass auf dem Krakauer Energiegipfel vereinbart wurde, ein Unternehmen aus allen beteiligten Ländern zu gründen, das das Odessa-Brody-Projekt voranbringen soll. Es ist noch ungeklärt, wie sich dieses Unternehmen zu Sarmatia verhalten soll.

**Karte 3**
**Bestehende und geplante Gasleitungen in und um Polen**




Quelle: Agata Łoskot-Strachota, *Rosyjski gaz dla Europy* [Russisches Gas für Europa], Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich (Centre for Eastern Studies), Oktober 2006; eigene Ergänzung

führungen über das eigene Territorium Interdependenz zu schaffen. Anders als beim Bezug von Energieträgern aus Russland, den Warschau reduzieren möchte, hat Polen beim Transfer von Energieträgern also ein Interesse an einem möglichst hohen Volumen und an der Sicherung der bestehenden und geplanten Liefertrassen über das eigene Staatsgebiet. Der Status eines Transitlands verschafft Polen nicht nur Durchleitungsgebühren und eine gute Verhandlungsposition gegenüber dem Exporteur Russland, er gewährleistet auch ein gewisses Maß an Versorgungssicherheit. Sofern Polen seine Lieferungen auch aus dem Transitsystem erhält, mindert sich das Risiko, von politisch motivierten Lieferstopps betroffen zu sein, da ein solcher Schritt gleichzeitig Länder in Westeuropa, unter anderem Deutschland, beträfe.

Es wundert daher wenig, dass das neue Jamal-Abkommen (siehe oben S. 12) in Polen scharf kritisiert wurde, da es Russland erleichterte, sich dem Bau der zweiten Jamal-Leitung zu entziehen. Eine elementare Provokation stellte aus polnischer Sicht aber die bereits seit Ende der 1990er Jahre im Raum stehende Idee einer Pipeline durch die Ostsee dar. Als sich dieses Projekt, bei dem es darum geht, Erdgas aus Russland nach Skandinavien und Deutschland zu verbringen, zusehends konkretisierte und im Herbst 2005 die beteiligten Firmen aus Deutschland (E.On, BASF) und Russland (Gasprom), tatkräftig unterstützt durch den deutschen Bundeskanzler und den russischen Staatspräsidenten, ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten, klingelten in Warschau sämtliche Alarmglocken. Die Ostseepipeline (»North Stream«) wurde in Polen zu einer zentralen Herausforderung der Energie-

und Sicherheitspolitik und nicht zuletzt zu einem Kardinalproblem der deutsch-polnischen Beziehungen stilisiert. Die an die Adresse Deutschlands gerichteten Vorwürfe der Illoyalität kulminierten in der Äußerung des Verteidigungsministers Sikorski, der das deutsch-russische Kooperationsprojekt als Neuauflage des Molotov-Ribbentrop-Pakts bezeichnete.

Warum ist die Ostseepipeline für Polen ein rotes Tuch? Die neue Leitung wird Polen (und Belarus) schlicht umgehen und hat damit die Realisierung der Jamal-II-Pipeline grundsätzlich in Frage gestellt. Polens Kalkül, seine Position als Transitland auszubauen, möglicherweise mehr Durchleitungsgebühren einzunehmen und vor allem nicht am »Ende der Leitung« zu sitzen, geht somit nicht auf,[77] zumal nicht auszuschließen ist, dass längerfristig auch das Volumen, das bisher über die Jamal-I läuft, eines Tages via North Stream exportiert werden könnte.[78] Wenn Russland Polen dann »den Hahn abdrehen« würde, könnte Polen seinen Bedarf nicht mehr aus der Jamal-I-Leitung decken, aus der es ja bereits zum jetzigen Zeitpunkt etwa 3 Mrd. m³ pro Jahr entnimmt. Anders ausgedrückt: Sobald Russland in der Lage wäre, die gesamte gegenwärtig durch die Jamal-I-Leitung nach Deutschland exportierte Menge an Erdgas über die Ostseepipeline zu transportieren, könnte Polen durch eine Sperrung der Leitungen an der polnischen Ostgrenze und der Jamal-Fernleitung trockengelegt werden, ohne dass Westeuropa in Mitleidenschaft gezogen würde.

Polen hat daher immer wieder Kritik an dem Projekt geäußert und dabei vom allgemeinen Vorwurf mangelnder Solidarität über die Infragestellung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit bis hin zu ökologischen Bedenken alle Register gezogen. Es ist indes wohl eher unwahrscheinlich, dass man in Warschau ernsthaft beabsichtigt, den Bau der Leitung durch rechtliche Schritte zu blockieren. Zu gering erscheint offenbar die Aussicht, mit dem Instrumentarium des Völker-, See- und Umweltrechts (HELCOM) wirksam gegen das Projekt vorgehen zu können.[79] Allerdings will die polnische Regierung dessen Umsetzung durch den Einsatz rechtlicher oder politischer Mittel (hierzu gehört etwa das Nein zu EIB-Krediten für die Pipeline) hinauszögern und verteuern.

Polen spielt auch deshalb auf Zeit, weil es hofft, dass sich mittelfristig möglicherweise Engpässe im bestehenden Leitungssystem ergeben. Will Russland seine Exporte nach Westeuropa substantiell ausdehnen, dann benötigt es, so der Gedanke, ohnehin längerfristig auch die Jamal-II-Linie, und sollte sich die Fertigstellung der Ostseepipeline hinausschieben, wäre der Druck größer, das Jamal-II-Projekt doch noch zu realisieren. Manche Stimmen in Polen raten daher dazu, mit dem Vorschlag eines Konsortiums aufzutreten, das auch westeuropäische und russische Investoren einbezieht.[80] Allerdings ist ein solches Kalkül kaum realistisch, da das bestehende Leitungssystem in allen gängigen Exportszenarien für russisches Gas als ausreichend angesehen wird. Jenseits solcher unkonventionellen Überlegungen hatte noch die Regierung Belka versucht, eine modifizierte Variante der Jamal-II-Leitung zu propagieren. Das Projekt »Amber« (siehe Karte 3) wäre eine Schleife, die noch auf russischem Gebiet von der Jamal-I-Leitung abginge und unter Umgehung von Belarus über Lettland, Litauen und

**77** Unbehagen löste in Warschau überdies von Anfang an die Prioritätenliste von Gasprom aus, in deren Exportstrategie angeblich die Modernisierung der ukrainischen Transitpipelines hinter der Ostseeleitung auf Rang zwei rangiert (noch vor *Jamal-II*). Dies könnte darauf hindeuten, dass Gasprom zusätzlich Ausfuhren auch über die bisherige Route, d.h. südlich an Polen vorbei, nach Westen bringen möchte. Dies schien zunächst eine realistische und praktikable Option zu sein, da Gasprom die Transitländer Slowakei (die an den dortigen Leitungssystemen beteiligt ist) und Ukraine für »unproblematisch« hielt. Dies hat sich allerdings nach dem Machtwechsel in der Ukraine geändert, vgl. »Polska na ostatnim planie« [Polen an letzter Stelle], in: *Rzeczpospolita*, 27.2.2004.

**78** Dies wäre dann denkbar, wenn etwa aufgrund eines geringen Nachfrageanstiegs in Westeuropa oder nach Lieferschwierigkeiten durch Russland Kapazitäten im Ostseeleitungssystem frei wären oder eine zweite Leitung gebaut würde.

**79** Eine Analyse des Polnischen Instituts für Internationale Beziehungen kommt zu dem Schluss: »Die Möglichkeiten einer rechtlichen Einflussnahme auf den Prozess des Baus der Nordeuropäischen Pipeline sind begrenzt. Wenn Schritte unternommen werden, so sollten diese nicht auf eine Obstruktion der Investition mit rechtlichen Mitteln abzielen, denn dies wäre wenig effektiv und längerfristig politisch schädlich. Die polnischen Aktivitäten sollten vielmehr zu einer angemessenen Sicherung der Rechte der Republik [Polen] führen – mit Blick auf die ausschließliche Wirtschaftszone und auf die Sorge um den Umweltschutz«; Rafał Tarnogórski, »Projekt Gazociągu Północnego – kwestie prawne« [Das Projekt North Stream – rechtliche Fragen], in: *Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych*, 78 (2.11.2005) 323, <www.pism.pl/biuletyny/files/323.pdf>; vgl. auch: Barbara Janusz Pawletta, »Prawno-międzynarodowe aspekty układania rurociągów na dnie Bałtyku« [Völkerrechtliche Aspekte der Verlegung von Pipelines auf dem Grund der Ostsee], in: *Bezpieczeństwo Narodowe*, 1 (2006) 1, S. 44–51 <www.bbn.gov.pl/dok/kwartalnik01/aspekty_ukladania_rurociagow.pdf>.

**80** Mirosław Grelik, »Jamał II będzie potrzebny« [Jamal II wird notwendig sein], in: *Rzeczpospolita*, 4.4.2006.

Kaliningrad nach Polen führte. Obwohl auch die Regierungschefs der beiden baltischen Länder diese Idee der sogenannten »Bernstein-Leitung« unterstützten, ist es um dieses Vorhaben wieder still geworden.

Alles in allem bleibt Polens Regierung der Ostseeleitung gegenüber einstweilen ablehnend. Die Möglichkeit einer Einbindung des Landes durch die Aufnahme polnischer Firmen in das Pipelinekonsortium wird verworfen, und für den Bau eines Abzweigs der Ostseepipeline bzw. einer Stichleitung nach Polen erwärmen sich bislang weder die Politiker in Warschau noch die Mehrheit der polnischen Experten.

Hinter dem polnischen Verhalten dürften vor allem folgende Überlegungen stehen: Erstens ist man der Auffassung, dass eine Anbindung an die North-Stream-Pipeline konträr zu Polens Diversifizierungspolitik wäre, die ja darauf abzielt, den Anteil russischer Importe herunterzufahren. Zweitens ist man sich selbst nicht sicher, ob durch eine solche Anbindung im Fall einer russischen Blockade Polens Versorgung gewährleistet wäre. So wird bezweifelt, dass die Pipelinebetreiber dann, wenn es hart auf hart käme, den polnischen Markt zu Lasten etwa des deutschen beliefern würden. Drittens will Warschau das Projekt durch irgendeine Form der Involvierung nicht legitimieren.

Auch im Bereich Öl könnten sich Polens Chancen, kraft seines Status als Transitland Interdependenz zu schaffen, bald ernsthaft verschlechtern. Dies zumindest verheißen russische Pläne, die Anfang 2007 vorgestellt und im Mai bekräftigt wurden. So soll nach Angaben des russischen Ölpipelinemonopolisten *Transnieft'* durch die Ausweitung der Kapazitäten des Baltischen Transportsystems (BTS-2) in Zukunft mehr als doppelt so viel Erdöl über die Ostsee (und damit unter Umgehung des »schwierigen« Transitlands Belarus) verschifft werden als bisher. Damit würde die nördliche Družba-Leitung möglicherweise überflüssig. In Polen wird überdies befürchtet, dass in solch einem Fall das Vorhaben Brody–Płock gefährdet würde, da das Terminal in Danzig dann zur Einfuhr von Öl verwendet werden müsste, das bislang aus Belarus kam.[81] Polnische Kenner der Materie kommen angesichts der Entwicklungen beim Öl- und Gastransport daher zu einer ernüchternden Prognose: »Polen hat [künftig] keine Chancen, eine bedeutende Rolle als Transitland zwischen Russland und dem Rest Europas zu spielen.«[82]

**81** »Moskwa ogłasza koniec Przyjaźni« [Moskau verkündet das Ende der Družba], in: *Rzeczpospolita,* 13.4.2007. Dieser Umstand hätte auch Folgen für die ostdeutschen Raffinerien, die sich um neue Versorgungsrouten bzw. eine neue Versorgungsinfrastruktur kümmern müssten.

**82** »Koniec wielkiego tranzytu« [Das Ende des großen Transits], in: *Rzeczpospolita*, 19.2.2007.

# Polens Energiepolitik in der EU

Polens energiepolitische Interessen und seine Handlungsmuster in diesem Politikbereich bleiben nicht ohne Konsequenzen für das Auftreten des Landes in der Europäischen Union. Ähnlich wie Polen die GASP generell und die ENP speziell als hilfreich für seine Ziele und Ambitionen jenseits der eigenen Ostgrenze »entdeckt« hat, versucht es nun, auf dem Feld der europäischen Energiepolitik nicht nur Akzente zu setzen, sondern die Agenda mitzugestalten. Im Zuge dessen werden Polens Präferenzen bei der Ausformung und Umsetzung der energiepolitisch und energiewirtschaftlich relevanten Sachpolitiken deutlich.

## »Solidarische Energiepolitik«

Polen wünscht sich mehr energiepolitische Kooperation und Koordination auf europäischer Ebene. Mehr noch, es ist gerade der Bereich »Energiepolitik«, in dem die gegenwärtige polnische Administration ihre Vorstellung von einem »solidarischen Europa« verwirklicht sehen will. In unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Gasstreit um die Jahreswende 2005/06 präsentierte Polens Premierminister den Vorschlag, in Energiefragen innerhalb der EU das Prinzip »gegenseitiger Hilfe« verbindlich zu machen, um die Abhängigkeit von Energielieferanten zu kompensieren.[83] Kernelement der Idee eines »Europäischen Pakts der Energiesicherheit«, die Polen in Form eines elf Punkte umfassenden Papiers lancierte, war die Verpflichtung, sich gegenseitig »außer der militärischen jegliche mögliche Form der Unterstützung« zu leisten, sobald ein oder mehrere Mitgliedsländer eines solchen Vertragssystems in ihrer Energiesicherheit bedroht wären. Potentielle Signatare eines derartigen Abkommens wären die Mitglieder der EU und des Nordatlantikpakts. Im Rahmen dieses eng an die Infrastruktur- und Energiepolitik der EU angebundenen »Musketier-Pakts« (»Einer für alle, alle für einen«) würden die Mitgliedsländer sich ständig und intensiv über den aktuellen Stand ihrer Energie- und Versorgungssicherheit informieren und ihre Diversifizierungsanstrengungen koordinieren.

Obwohl Polens Initiative beachtliche Aufmerksamkeit erlangte, bekam sie in der EU keine mehrheitliche Unterstützung. Zu vage erschien der Adressatenkreis (zu dem dann hin und wieder auch Länder wie die Ukraine gezählt wurden), zu unklar blieb die Rolle privater Wirtschaftssubjekte in einem solchen Pakt. Vor allem aber war für zahlreiche Mitgliedsländer die Stellung Russlands in dem von Polen angestrebten Solidarmechanismus nicht hinnehmbar: Während Warschau eine »Energie-NATO« mit gegenseitigen Beistandsgarantien gegen allfällige politische Erpressungsversuche Moskaus schaffen wollte, favorisierten andere EU-Partner (wie etwa Deutschland) einen Mechanismus der kooperativen Energiesicherheit unter Einschluss Russlands.

Auf dem EU-Gipfel Ende März 2006 verzichtete Polens Regierungschef daher nach eigenem Bekunden darauf, den Vorschlag der »Energie-NATO« aktiv weiterzuverfolgen. Man habe den Begriff der »Energiesolidarität« erfolgreich in die Diskussion eingebracht und nehme zufrieden zur Kenntnis, dass das von der Kommission präsentierte »Grünbuch« zur Energiepolitik zahlreiche polnische Forderungen berücksichtige.[84] Als Teilerfolg wertete Polen, dass die Union künftig nur solche energiepolitischen Infrastrukturprojekte gutheißen will, die »allen Mitgliedstaaten zugute kommen«.[85] Für Warschau impliziert ein solches Bekenntnis, dass die EU ein kontroverses Projekt wie die Ostseepipeline nicht finanziell unterstützen kann.[86]

**83** Kazimierz Marcinkiewicz, »Europe's Energy Musketeers Must Stand Together«, in: *Financial Times*, 9.2.2006.

**84** »Szczyt pod napięciem« [Gipfel unter Spannung], in: *Rzeczpospolita*, 24.3.2006.

**85** Europäischer Rat (Brüssel), 15./16.6.2006, *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, Brüssel, 17.7.2006, <www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf>.

**86** »Polska propozycja przyjęta bez oporu« [Polnischer Vorschlag ohne Widerstand angenommen], in: *Rzeczpospolita*, 17.6.2006.

## Energiepolitik – mit Sicherheit

Es ist offenkundig, dass Polens energiepolitischer Diskurs »versicherheitlicht« ist. Dies belegt allein schon die Omnipräsenz des Faktors Russland in nahezu allen energiepolitischen und –wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, in die das Land verwickelt ist. Dieser Sachverhalt hat Folgen für die Prioritäten Warschaus bei den wichtigsten energiepolitischen Globalzielen. Das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Energiepolitik geht davon aus, dass die EU die Ziele Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit langfristig in einem ausgewogenen Verhältnis verfolgen muss, wobei großer Nachdruck auf die Schaffung eines funktionierenden, den Regeln der Konkurrenz gehorchenden Energiebinnenmarkts gelegt wird.[87] Aus der Sicht Warschaus ist hingegen keine Gleichrangigkeit dieser drei Belange gegeben. So ist die polnische Regierung der Auffassung, dass »Fragen der Energiesicherheit über die anderen beiden Pfeiler dominieren sollten«.[88] Polen huldigt also auch auf europäischer Ebene dem Primat der Energiesicherheit. Ökologie und Klimaschutz sowie Konkurrenzfähigkeit und Preispolitik werden ihm untergeordnet.

Charakteristisch für diese Prioritätensetzung ist, dass Polen einerseits konsequent für die Überwindung des »markthemmenden« Reexportverbots eintritt, das etwa in den Gasabnahmeverträgen zwischen PGNiG und Gasprom enthalten ist;[89] und dass es andererseits beim Thema Marktzugang für Dritte große Zurückhaltung an den Tag legt. Die von der EU angestrebte Marktöffnung bis Juli 2007 wollte Polen zunächst bis Ende des Jahrzehnts hinausschieben.[90] Zwar nahm Warschau die notwendigen Gesetzesänderungen zur Umsetzung der EU-Gasrichtlinie vor, jedoch will man erst diversifizieren und dann liberalisieren. Dies sei, so Staatssekretär Naimski, ein langwieriger Prozess, da wichtige Diversifizierungsvorhaben wie das LNG-Terminal oder eine Pipeline aus Norwegen nicht vor 2010 umgesetzt sein würden.[91] Grund für das polnische Zögern ist die Sorge, bei einer Öffnung des heimischen Marktes ohne vorhergehende Pluralisierung der Bezugsquellen eine »Monopolisierung durch äußere Lieferanten« herbeizuführen.[92]

Polen kann – ebenso wie andere europäische Länder auch – den Prozess der Marktöffnung tatsächlich hinauszögern. Denn es wird sicher einige Zeit dauern, bis die technischen Voraussetzungen für den Bezug von Gas seitens neuer Handelspartner geschaffen sind, bis also ausreichende Systemverbindungen zum westeuropäischen Netz gebaut sein werden. Auch kann dem angepassten polnischen Energiegesetz zufolge ein Netzbetreiber die Zurverfügungstellung seines Leitungssystems (etwa unter Verweis auf längerfristige vertragliche Bindungen) verweigern. Und noch eine weitere Hürde wurde durch die im September 2006 in Kraft getretene Novellierung des polnischen Energierechts aufgerichtet: So müssen Gasimporteure drei Prozent des gehandelten Volumens im Land bevorraten, nur die heimische PGNiG verfügt jedoch über Speicherkapazitäten. Damit wurde etwa der Markteintritt eines ungarischen Anbieters verhindert, mit dem einer der größten polnischen Gasverbraucher, der Kunstdüngerproduzent *ZA Puławy*, ins Geschäft kommen wollte.[93] Allerdings ist der polnischen Regierung nicht zu unterstellen, ihr käme es nur auf eine Stärkung der Monopolstellung der PGNiG an. Die – zwischenzeitlich noch verschärften – Vorschriften sollen der Bildung von Vorräten für den Krisenfall dienen. Ein im Frühjahr 2007 vom Parlament angenommenes Gesetz nämlich schreibt den Gasunternehmen nun vor, bis zum Jahr 2011 sukzessive eine Mindestreserve im Umfang von 30 durchschnittlichen Tagesimporten aufzubauen (eine Menge, die etwas weniger als 9% des Volumens entspräche). Zusammen mit diesem sinnvollen Schritt wurde die Bevorratung von Öl auf 90 Tage festgelegt, eine Quote, die im Jahr 2009 erreicht sein muss. Diese Bestim-

**87** Dies legt bereits der Titel des Grünbuchs nahe: Europäische Kommission, *Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*, Brüssel, 8.3.2006, <http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf>.

**88** So die Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch, *Stanowisko Rządu do Zielonej Księgi: »Europejska strategia na rzecz zrównoważonej, konkurencyjnej i bezpiecznej energii«*, S. 2 <www.mgip.gov.pl/NR/rdonlyres/0945A4C2-BD03-4DE9-BFCA-454F3D35DF9A/24834/StanowiskodoZKwersja11092006.doc>

**89** Ebd., S. 3.

**90** »Naimski: Polska chce o kilka lat opóźnić liberalizację rynku gazu« [Naimski: Polen will die Liberalisierung des Gasmarkts um einige Jahre verzögern], in: *Gazeta Wyborcza*, 9.6.2006.

**91** »Najpierw dostawy z Norwegii« [Zuerst Lieferungen aus Norwegen], in: *Rzeczpospolita*, 9.6.2006.

**92** Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch [wie Fn. 88], S. 2.

**93** »Drogi gaz zmniejsza zyski Zakładów Azotowych ›Puławy‹« [Teures Gas senkt den Gewinn der Firma Zakłady Azotowe ›Puławy‹], in: *Gazeta Wyborcza*, 18.9.2006; Dorota Zielińska, »Błędne koło biurokracji« [Der Teufelskreis der Bürokratie], in: *Energia & Przemysł*, (März 2007) 3.

mungen sollen Polens Beitritt zur Internationalen Energieagentur und damit zu einem Mechanismus des internationalen Energiebeistands ermöglichen.[94]

Im Hinblick auf den Klimaschutz hat Polen früh betont, dass die Restrukturierung des Energiesektors »ohne Störungen der Wirtschaftsentwicklung und unter Wahrung der Energiesicherheit« verlaufen müsse.[95] »Starre« Emissionsregelungen dürfe es nicht geben, die Vorgaben müssten die besonderen Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Mitgliedstaaten berücksichtigen. Auf dem »Energie- und Klimagipfel« der EU vom März 2007 akzeptierte Polen dementsprechend zwar die Festlegung verbindlicher Ziele zur Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes und zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, doch hatte Warschau auf die »gerechte« und flexible Aufteilung der generellen 20-Prozent-Vorgaben gepocht. Nicht von ungefähr zeigte sich Präsident Kaczyński unmittelbar nach dem Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs »beruhigt«, dass ohnehin kein Land zur Annahme konkreter Ziele gezwungen werden könne.[96] Gleichzeitig tritt Polen für eine positive »Veränderung des Images der Kohle« ein,[97] also der nach wie vor wichtigsten Ressource im nationalen Energiemix, über die Polen überdies in reichem Maße verfügt.

Spätestens seitdem Premier Kaczyński das Thema in seiner Regierungserklärung angesprochen hat, ist in Polen eine Diskussion über die Kernkraft entbrannt.[98] Zwar steht die polnische Öffentlichkeit dieser Energiequelle bislang reserviert gegenüber und dementierte das polnische Wirtschaftsministerium Gerüchte über den Bau eines Atomkraftwerks in der Nähe von Stettin; gleichwohl wurde bereits in dem offiziellen Strategiepapier »Energiepolitik Polens bis zum Jahr 2025«, das vom Anfang 2005 stammt, darauf hingewiesen, dass sämtliche Prognosen des polnischen Energieverbrauchs ab 2020 unter Einbeziehung von Kernkraft erstellt werden. Die Einführung von Kernenergie sei aufgrund der gewünschten Diversifizierung von Primärenergieträgern und mit Blick auf die Vorgaben zur Emissionsreduzierung »zielführend«. Daher soll rasch eine öffentliche Debatte über die Akzeptanz eines polnischen Atomprogramms geführt werden.[99] Auch der Diversifizierungsbeauftragte Warschaus äußerte im Juni 2006, er betrachte Kernkraft »ernsthaft« als eine alternative Quelle zur Stromerzeugung.[100] Alle diese Anzeichen für eine Hinwendung zur Nuklearenergie müssen indes nicht bedeuten, dass Polen ein Kernkraftwerk auf eigenem Territorium baut. Denn so wie es scheint, wird Polen seine Atompläne zunächst »externalisieren«. Beispielsweise will sich der polnische Stromversorger PSE (zusammen mit Firmen aus den drei baltischen Ländern) an der Errichtung und der Nutzung eines Kernkraftwerks im litauischen Ignalina beteiligen. Der dortige Reaktorblock muss Ende des Jahrzehnts stillgelegt werden, weshalb Litauen und die baltischen Staaten neue Kapazitäten für die Erzeugung von Kernenergie schaffen müssen.[101] Eine in polnisch-litauischer Zusammenarbeit realisierte neue »Energiebrücke«, also eine Überlandleitung, die beide Staaten verbindet, könnte in Zukunft auch zum Import von Strom aus Litauen genutzt werden.[102] Durch das Engagement beim Bau von Ignalina II erhofft sich Polen aber auch einen Know-how-Transfer in Sachen Kernenergie.[103] Eine anderes

**94** »Sejm przyjął poprawki Senatu do ustawy o zapasach ropy« [Sejm übernahm die Änderungsvorschläge des Senats zum Gesetz über die Erdölbevorratung], in: *Gazeta Wyborcza*, 16.2.2007; kritisch: »Ustawa o zapasach paliw eliminuje konkurencję PGNiG« [Gesetz über Brennstoffvorräte eliminiert Konkurrenz], in: *Gazeta Wyborcza*, 16.4.2007.

**95** Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch [wie Fn. 88], S. 7.

**96** »Unia na zielono« [Union in grün], in: *Gazeta Wyborcza*, 9.3.2007.

**97** Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch [wie Fn. 88], S. 6.

**98** *Exposé premiera Jarosława Kaczyńskiego* [Regierungserklärung von Premierminister Jarosław Kaczyński], Warschau, 19.7.2006, <www.kprm.gov.pl/1433_18017.htm>.

**99** *Minister gospodarki i pracy, zespół do spraw polityki energetycznej, Polityka energetyczna Polski do 2025 r.* [Strategiepapier des polnischen Wirtschaftsministers zur polnischen Energiepolitik bis 2025], vom Ministerrrat angenommen am 4.1.2005, <www.mgip.gov.pl/NR/rdonlyres/CBBE5FE3-3F4A-44DD-AF55-2FF43943F32C/13548/polit_energ_polski_2025obw.pdf>.

**100** So Piotr Naimski, vgl. Ministerstwo Gospodarki, *Elektrownie Jądrowe dla Polski – konferencja międzynarodowa* [Kernkraftwerke für Polen – internationale Konferenz], 2.6.2006, <www.mgip.gov.pl/Wiadomosci/Energetyka/elektrownie+jadrowe.htm>.

**101** »Elektrownia atomowa dla Polski na Litwie?« [Ein Atomkraftwerk für Polen in Litauen?], in: *Gazeta Wyborcza*, 6.11.2006.

**102** Das Vorhaben genießt auch Priorität innerhalb der europäischen Energiepolitik, da hierdurch ein wichtiger Schritt zur Überwindung der elektrizitätswirtschaftlichen Insellage der baltischen Staaten getan werden könnte. Diese waren bis Ende 2006 ausschließlich mit dem postsowjetischen Stromverbund integriert. Die neue Fernleitung soll bis 2001 betriebsbereit sein, fast die Hälfte der Baukosten werden von der EU getragen, vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft (BfAI), *Baltische Staaten und Polen vertiefen Kooperation im Energiesektor*, 20.12.2006, <www.bfai.de>.

**103** »Minister Naimski o energetyce jądrowej« [Minister Naimski zur Kernenergie], in: *Gazeta Wyborcza*, 21.3.2007.

Betätigungsfeld für polnische Investoren wären Atomkraftwerke in der Ukraine.[104]

## Energie und Nachbarschaftspolitik

Polen ist an einer Verkoppelung der europäischen Energiepolitik mit den Zielen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, also an der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen »Energieaußenpolitik«, gelegen. Für Warschau steht dabei zweifelsohne die Kooperation mit den östlichen Anrainern der Union im Rahmen der Nachbarschaftspolitik im Vordergrund. Ähnlich wie im Fall der ENP insgesamt wäre für Polen auch eine allfällige Energieaußenpolitik der Europäischen Union ein Instrument zur Durchsetzung seiner ostpolitischen Ziele. Warschau wird daher versuchen, prioritäre Projekte der Energiekooperation etwa mit der Ukraine auch im Rahmen der ENP voranzubringen, um dieser Politik dadurch eine »energiewirtschaftliche und -politische Dimension« zu verleihen.[105] Positiv ist für Polen, dass die EU bei der Umsetzung des Aktionsplans für die Ukraine die energiepolitische Kooperation schon zu einer Priorität gemacht hat. Laut einem Memorandum, das in diesem Zusammenhang Ende 2005 unterzeichnet wurde, will die Union die Integration der Ukraine in den Energiemarkt der EU voranbringen. Bei der ersten Evaluierung dieses Memorandums brachte die Kommission unter anderem ihre Anerkennung darüber zum Ausdruck, dass die ukrainischen Vorstellungen zur Nutzung der Odessa–Brody-Pipeline konkretisiert wurden. Die Union hatte, wie schon erwähnt, den entsprechenden Businessplan finanziert.[106]

Auch die von der Kommission in ihrem Grünbuch skizzierte Idee einer »paneuropäischen Energiegemeinschaft« und die Anläufe zur Einbindung von Ländern wie der Ukraine und der Türkei in einen erweiterten Vertrag der »Energiegemeinschaft Südosteuropa« sind aus polnischer Sicht attraktiv. Polen sieht in der sukzessiven Intensivierung der externen Aspekte der europäischen Energiepolitik einen Pfad, der langfristig doch zu dem von Warschau vorgeschlagenen »Musketier-Pakt« führen kann. Parallel zu diesen Ansätzen will Polen durch bilaterale Initiativen die energiepolitische Kooperation mit kleineren Partnern im postsowjetischen Raum, zum Beispiel mit den Ländern der GUAM-Gruppe und mit anderen zentralasiatischen Staaten, dynamisieren.

Inwieweit Polen in der Lage ist, der europäischen Energiepolitik seinen Stempel aufzudrücken, hängt nicht zuletzt von seiner Fähigkeit ab, in diesem Politikfeld interessenbasierte Allianzen in der EU zu bilden. Mit Blick auf die größeren Partnerländer in der Union hat Warschau aufgrund seines mitunter ungeschmeidigen Auftretens in den letzten Jahren und wegen der kontroversen Politik der von den Brüdern Kaczyński geführten PiS-Administration ohnehin Schwierigkeiten, seine Belange geltend zu machen. Auf die deutsch-polnische Situation wird nachfolgend eingegangen. Ebenso schwer muss für Polen indes wiegen, dass es auch unter kleineren und neuen Mitgliedsländern kaum einhellige Zustimmung zu zahlreichen seiner energiepolitischen Vorstellungen gibt. So richten die skandinavischen Länder beispielsweise bei der Ostseepipeline ihre Aufmerksamkeit in hohem Maße auf die ökologischen Auswirkungen des Vorhabens, doch trotz einer wachsenden Sensibilisierung auch für sicherheitspolitische Aspekte (etwa in Schweden) konnte Polen unter ihnen bislang keine harte Front der Ablehnung zustande bringen.[107] Den Argwohn Warschaus muss auch Russlands aktives Engagement bei energiepolitischen Fragen in einigen ostmitteleuropäischen Ländern hervorrufen. Moskaus Anfang 2006 unterbreitete Offerten zur energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, der Slowakei oder Ungarn werden in Polen auch als Teil einer russischen Strategie gesehen, die darauf abzielt, unterschiedliche Interessen zwischen den Ländern der Region sichtbar zu machen. Nicht zuletzt werde es Warschau dadurch erschwert, die anderen Visegrád-Länder zu einer kohärenten Politik gegenüber der Ukraine oder Belarus

**104** Bereits jetzt besteht eine gegenwärtig nicht genutzte 750-kV-Leitung zwischen dem südostpolnischen Rzeszów und dem Chmielnicki-Atomkraftwerk in der Ukraine. Vgl. zu den Systemverbindungen zu östlichen Nachbarn »Jeśli się łączyć to z... Ukrainą« [Wenn schon verbinden, dann mit der Ukraine], in: *Gigawat Energia*, 9 (5.9.2006) . <www.gigawat.net.pl/article/articleview/822/1/68>.

**105** Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch [wie Fn. 88], S. 9.

**106** Siehe oben, S. 21. Mission of Ukraine to European Communities, *Joint EU-Ukraine Report, Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2006*, <www.ukraine-eu.mfa.gov.ua/eu/en/publication/content/7195.htm>.

**107** Lettlands Gasversorger plant sogar eine Anbindung an die North-Stream-Leitung, um damit Speicherkapazitäten zu beliefern.

auf seine Seite zu bringen.[108] Wenig Freude dürfte der polnischen Regierung etwa die zwischen dem ungarischen Energiekonzern MOL und Gasprom getroffene Vereinbarung bereiten, der zufolge eine nach Ungarn führende Anbindung an die russisch-türkische Blue-Stream-Gaspipeline gebaut werden soll. Damit entstünde nicht zuletzt eine neue südliche Transportroute für russisches Erdgas, mit der die Ukraine umgangen werden könnte.

**108** Adam Eberhardt/Mateusz Gniazdowski, »Wzrost aktywności Rosji w Europie Środkowej – implikacje dla Polski« [Zunahme der Aktivitäten Russlands in Mitteleuropa – Implikationen für Polen], in: *Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych*, 16 (3.3.2006) 356, <www.pism.pl/biuletyny/files/356.pdf>.

# Nicht ohne Energie: Die deutsch-polnischen Beziehungen

Die Kontroversen um die Ostseepipeline haben Deutschland vor Augen geführt, welche Sprengkraft Energiefragen für die deutsch-polnischen Beziehungen sowie das deutsch-polnische Miteinander in der Europäischen Union haben können. Es wäre auch zu kurz gegriffen, wenn die deutsch-polnischen Missheiligkeiten in Fragen der Energiepolitik allein auf Kommunikationsdefizite zurückgeführt würden. Denn Polen hatte schon lange, bevor die umstrittene Leitung Gegenstand einer breiteren öffentlichen Diskussion wurde, Kenntnis von dem Vorhaben. Der Streit um die Ostseepipeline zeigt also unmissverständlich, dass es zwischen beiden Ländern auch um handfeste Interessendifferenzen geht, die sich durch eine bloße Verdichtung der gegenseitigen Informationsströme nicht ausräumen lassen. Der Schlüssel zum Verständnis der energiepolitischen Friktionen zwischen Deutschland und Polen liegt im Osten, jenseits der EU-Grenze. Dies wird bei einer Durchsicht der energiepolitischen Interessenlagen Deutschlands und Polens augenfällig.

- Polen will mit seiner Diversifizierungs- und Routenpolitik sowie mit seinen Gestaltungsplänen für den Energiesektor die energiepolitische und -wirtschaftliche Asymmetrie gegenüber Russland reduzieren. Dies heißt unter anderem, dass Polen das Volumen der Einfuhr russischer Energieträger nicht weiter erhöhen möchte. Deutschland hingegen strebt im Rahmen seines Energieversorgungskalküls eine Stabilisierung russischer Importe von Energieträgern an.
- Für Deutschland ist die Vertiefung der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland ein Kernelement der spezifischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern, das es politisch abzustützen gilt. Für Polen indes geht es darum, dem Bereich Energie seine übermäßige Relevanz für das polnisch-russische Verhältnis zu nehmen.
- Ein beherrschendes Motiv der deutschen Energiepolitik gegenüber Russland ist die politische Begleitung und Förderung privatwirtschaftlicher und firmenstrategischer Interessen und die Unterstützung deutsch-russischer Unternehmenskooperationen. Polens Energiedoktrin zielt auf das Gegenteil: Sie ist primär darauf gerichtet, den Einstieg russischer Konzerne in den Energiesektor, vor allem in den Bereichen Transportinfrastruktur, Verarbeitung und Vertrieb, zu verhindern.
- Auch in der Energiesicherheitspolitik manifestiert sich ein grundsätzlicher deutsch-polnischer Unterschied im Herangehen an Russland: Deutschland geht es um die Schaffung von (Energie-)Sicherheit *mit* Russland, Polen um die Herstellung von Sicherheit *vor* Russland. Dementsprechend haben beide Staaten im Hinblick auf die Ausgestaltung eines gesamteuropäischen Systems der Energiesicherheit ganz unterschiedliche Präferenzen: Deutschland strebt ein eher kooperatives Modell unter Einschluss Russlands (Energie-OSZE) an, Polen ein Allianz-Modell ohne Russland (Energie-NATO).
- Deutschland will seine bilaterale und die im Rahmen der EU angeknüpfte energiewirtschaftliche Kooperation mit Russland trotz bisweilen abweichender Ansichten und partieller Interessenkonflikte weiterentwickeln und damit an der Philosophie des »Wandels durch Verflechtung« festhalten. Polen dagegen will bei der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland Konditionalitäten einsetzen. Warschaus Nein zur Erteilung eines Verhandlungsmandats an die Kommission in Sachen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-Russland hat dies klar gezeigt. In diesem Fall knüpfte Polen seine (ausgebliebene) Zustimmung an Russlands Billigung der Energiecharta. In Warschau beobachtet man durchaus auch mit Sorge das wachsende Engagement von Gasprom in Deutschland. Man befürchtet wohl, dass Polens energiewirtschaftlicher Spielraum langfristig eingeschränkt werden könnte, wenn Kooperationsprojekte mit Partnern in Deutschland faktisch eine Zusammenarbeit mit Gasprom bedeuten.
- Während Polen, wie erwähnt, Energiesicherheit als übergeordnetes energiepolitisches Ziel versteht, basiert der deutsche Ansatz auf der Vorstellung einer Balance von Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit.
- Mit seiner Routenpolitik will Deutschland die Abhängigkeit von Transitländern abbauen, um im Vorhinein zu vermeiden, dass es die Konsequenzen

von Konflikten dieser Länder mit Russland zu spüren bekommt. Polen hingegen ist daran interessiert, durch die Aufwertung seiner Position als Durchgangsland für russische Energieträger Transitmacht zu bewahren oder noch hinzuzugewinnen.

Trotz oder gerade wegen solcher Differenzen sind Deutschland und Polen gefordert, kontinuierlich und prospektiv über ihre energiepolitischen Ziele und Erwartungen und die Entwicklung der europäischen Parameter in diesem Politikfeld zu diskutieren. Die Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe zu Energiefragen konnte aber nicht mehr als ein erster Schritt sein, um die notwendigen Klärungen vorzunehmen.

Wird der Blick nach vorn gerichtet, so könnte sich der deutsch-polnische Energiedialog an den folgenden Leitlinien orientieren und einige der nachstehend genannten Themen bearbeiten:

- Der deutsch-polnische Diskurs über Energiefragen sollte dem Prinzip transparenter Koordination folgen. Dabei müssten zunächst einmal die energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Voraussetzungen, Entwicklungsdynamiken und Zielvorgaben beider Länder abgeglichen und die Differenzen, aber auch die Interessenkongruenzen herausgearbeitet werden. Wenn beide Seiten sich frühzeitig über ihre energiepolitischen Projekte und Initiativen informieren, darauf aufbauend eventuell gemeinsame Vorstöße entwickeln, so könnte dies sicher dazu beitragen, die Nervosität, die insbesondere in Polen in letzter Zeit entstanden ist, abzubauen. Gelingt dies nicht, wird Polen seine Interessen auch in Fragen der europäischen Energiepolitik unter Rückgriff auf Blockadeinstrumente durchzusetzen versuchen. Sollte einmal das neue PKA mit Russland ausverhandelt sein, so dürfte unter diesen Umständen nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass Polen zustimmt.[109]
- Es ist nicht die Aufgabe der deutschen Privatwirtschaft, sich bei ihren strategischen Geschäftsentscheidungen um mögliche Auswirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu kümmern. Hingegen ist es sehr wohl Aufgabe der deutschen Außen- und Europapolitik, die politische Unterstützung, die sie bestimmten energiewirtschaftlichen Projekten angedeihen lässt, auf ihre möglichen Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis und die Europapolitik hin zu prüfen. Eine entsprechende Abwägung kann im Einzelfall durchaus zu dem Ergebnis führen, dass die strategischen Beziehungen zu einem externen Akteur und der daraus resultierende wirtschaftlich-politische Nutzen höher zu gewichten sind als die daraus erwachsenden Differenzen mit einem Partner in der Europäischen Union. Allerdings sind solche Abwägungen bewusst und unter Abschätzung möglicher politischer Kosten in der EU vorzunehmen.
- Der polnischen Seite können durchaus einige Inkonsistenzen vorgehalten werden, da ihre energiepolitische Argumentation nicht immer konsequent in den europapolitischen Kontext eingebunden ist. Zum Beispiel vertritt Polen immer wieder explizit die Ansicht, eine neue europäische Energiepolitik müsse ein genuin »gemeinsames« Politikfeld werden. Gleichzeitig wird – gerade von der gegenwärtigen Regierungsgarnitur – Skepsis an der Schaffung einer auf gepoolten Souveränitäten ruhenden Energiepolitik geäußert, da man offensichtlich fürchtet, dass insbesondere Deutschland einer europäischen Energiepolitik seinen Stempel aufdrücken könnte.[110] Auch die in den polnischen Regierungsparteien verbreitete Ablehnung des Verfassungsvertrags stellt in Sachen Energiepolitik eine Inkonsequenz dar. Denn die dort vorgesehene Einführung eines separaten Energiekapitels wird mit Recht als »Meilenstein in der europäischen Energiepolitik« gesehen.[111] Spätestens während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und mit der Suche nach einem Ausweg aus der Pattsituation um den Verfassungsvertrag deutete sich an, dass die Diskussion um die institutionelle Reform der Union mit Energiethemen verknüpft werden kann. Auch über das konkrete Problem des Verfassungsvertrags hinaus wird Energiepolitik immer ein Element in europapolitischen Kompromisspaketen mit Polen

**109** Sollte es sich um ein gemischtes Abkommen handeln, ist eine Ratifizierung durch die Mitgliedsländer erforderlich.

**110** Eine im engeren Sinne »gemeinsame« Energiepolitik, die auf der Abgabe nationaler Kompetenzen zugunsten Brüssels basiert, ist zumindest für Polens Präsident Lech Kaczyński nicht unbedingt erstrebenswert: »Betrachten wir die Kräfteverhältnisse und z.B. die ungemein transparente Politik Deutschlands auf diesem Gebiet, wissen wir von vornherein, wie dies für uns ausginge«, »Dobrze, ale z zacięciami« [Gut, aber mit Schrammen] (Interview mit Präsident Lech Kaczyński), in: *Wprost*, 11.6.2006.

**111** Benjamin Görlach/Nils Meyer-Ohlendorf, *Eine nachhaltige Verfassung für Europa. Energiepolitik im EU-Verfassungsvertrag – Optionen für eine europäische Energiepolitik und Bewertung aus Sicht der Umwelt*, Berlin, September 2003 (Ecologic Briefs), S. 13, <www.ecofuturum.de/de/downloads/diskussionspapiere/EcoBriefe_Energie_DE.pdf>.

sein. Ähnlich wie man sich im Zusammenhang mit den polnischen Vorbehalten gegenüber der »doppelten Mehrheit« durch ein Zugehen auf Warschau in Fragen der Energiepolitik eine Lockerung der polnischen Haltung erhoffte, könnte auch in Zukunft die Aussicht auf mehr Energiesolidarität polnische Verhärtungen überwinden helfen.[112]

- Der deutsch-polnische Dialog über Energiepolitik könnte dadurch intensiviert werden, dass die zwischen beiden Ländern eingerichtete Arbeitsgruppe zu Energiefragen nach dem Muster des Deutsch-Polnischen Umweltrats zu einem bilateralen Energierat umgeformt wird. Dieser wäre damit betraut, die energiepolitisch relevanten Entwicklungen und Zielvorstellungen in beiden Ländern zu erfassen und in Ansätzen zu harmonisieren, die Konzepte Berlins und Warschaus zur Fortentwicklung der Energiepolitik der EU zu bündeln und gemeinsame Vorhaben im Bereich der Energiewirtschaft oder Energiepolitik zu erörtern. Besonderes Augenmerk wäre neben Fragen der Versorgungssicherheit den Themen Nachhaltigkeit, erneuerbare Energieträger und Effizienz zu widmen. Ein solcher bilateraler Energierat müsste in engem Kontakt zum Deutsch-Polnischen Umweltrat stehen oder könnte sogar mit diesem verzahnt werden. Der Umweltrat beschäftigt sich ohnehin schon jetzt mit umweltrelevanten Fragen der Energiepolitik.[113] Zusätzlich zu einem solchen bilateral-nationalen Gremium könnten regionale oder monothematische Rundtisch-Dialoge etabliert werden, in denen sich etwa Vertreter von Bundesländern und Wojewodschaften bzw. Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft austauschen.

Jenseits dieser grundsätzlichen Fragen könnten im deutsch-polnischen Gespräch eine Reihe konkreter energiepolitischer Probleme und Initiativen diskutiert werden:

- *Transit/Diversifizierung.* Zwar unterscheiden sich Deutschland und Polen in ihrer Diversifizierungsstrategie (Intensivierung vs. Reduktion der Kooperation mit Russland), dennoch eint beide Staaten das Interesse an einer breiteren Streuung der Energiequellen und Liefertrassen. Nachdem mit der Ostseepipeline ein strittiges Projekt auf den Weg gebracht wurde, das vermutlich nicht mehr ohne weiteres aufgehalten werden kann, muss es in der Zukunft auch darum gehen, nach gemeinsamen deutschen und polnischen Vorhaben bei Transportrouten von Energieträgern zu suchen. Hier bietet sich der euroasiatische Transportkorridor an, also das Ölpipelineprojekt Odessa–Brody–Płock, dessen Perspektiven – wie erwähnt – schon mit Hilfe der EU geprüft wurden. Gemeinschaftlich erörtert werden könnte auch der Nutzen einer künftigen Gaspipeline entlang dieser Trasse einschließlich der hierzu notwendigen Einbindung von Produzenten und Abnehmern. Unter Umständen wäre auch zu untersuchen, ob die Jamal-II-Pipeline tatsächlich sinnlos ist. Sollte dem nicht so sein, könnte über eine deutsche Beteiligung an einem neu zu gründenden Konsortium zum Bau der Jamal-II-Pipeline nachgedacht werden, an dem auch europäische Institutionen (EBRD) sowie russische Firmen beteiligt wären.[114] Deutschland und Polen haben beide ein Interesse daran, dass das Leitungsnetz der Ukraine modernisiert wird. Sollte die Idee eines deutsch-russisch-ukrainischen Konsortiums zum Gastransport Gestalt annehmen, wäre die Einbindung polnischer Akteure zu bedenken. Mit Blick auf Polens Pläne zum Bau eines LNG-Terminals wäre zu diskutieren, ob nicht eine polnische Beteiligung an dem von deutscher Seite anvisierten Flüssiggasanlandeterminal in Wilhelmshaven sinnvoller wäre. Eine solche Diskussion müsste mit der Reflexion über West-Ost-Transportkapazitäten und Überlegungen über zusätzliche Systemverbindungen zwischen Deutschland und Polen einhergehen. Der zuletzt genannte Punkt müsste aus polnischer Sicht ohnehin prioritär sein, da der Aufbau eines effektiven europäischen Energiemarkts, aber auch mögliche Beistandsverpflichtungen ohne eine technische Integration von Leitungssystemen unmöglich sind. Die Aufgabe deutscher Politik besteht darin, die Perspektiven solcher Vorhaben auszuloten und bei positiver Einschätzung die jeweiligen Projekte, die letztlich von Wirtschafts-

**112** Die führende Oppositionspartei, die Bürgerplattform (PO), hat Anfang 2007 vorgeschlagen, dem Prinzip der »doppelten Mehrheit« zuzustimmen, sofern eine Solidaritätsklausel für (technisch oder politisch motivierte) Brennstoffkrisen in den Verfassungsvertrag aufgenommen würde, vgl. etwa den Vorschlag von PO-Politiker Bronisław Komorowski, »Działajmy w UE razem, gdy zakręcą kurek« [Lasst uns in der EU zusammen handeln, wenn der Hahn zugedreht wird], in: *Gazeta Wyborcza*, 21.1.2007.

**113** Etwa umweltbezogene Aspekte der strittigen Ostseepipeline, vgl. Deutsch-Polnischer Umweltrat, *Ergebnisse der 12. Sitzung* [vom 10. und 11. April 2006], Mai 2006 <www.bmu.de/int_umweltpolitik/mittel_und_osteuropa/doc/37131.php>.

**114** Grelik, »Jamał II będzie potrzebny« [wie Fn. 80].

unternehmen vorangebracht werden müssen, politisch zu flankieren und in den deutsch-polnischen Diskurs einzubringen.

- *Energiemix.* Im Zuge der Bestrebungen, die Einfuhr von Öl und Gas aus Russland zu reduzieren, wird in Polen auch über die Struktur des Energieverbrauchs und namentlich über die künftigen Beiträge der anderen Energieträger Kohle, Kernkraft und erneuerbare Energien nachgedacht. Es ist davon auszugehen, dass Deutschlands Nachbar im Osten auf unabsehbare Zeit entschlossen an der Kohleverbrennung festhalten,[115] Kernkraft als eine Option zur Neustrukturierung des Energiemix in Erwägung ziehen und den Anteil an erneuerbaren Energiequellen ausweiten will.
  Eine intensivere Nutzung von Kohle wird Polen angesichts der vertraglichen Verpflichtungen zur Emissionsbegrenzung, die das Land eingegangen ist, jedoch nur dann möglich sein, wenn es den Übergang zu kohlendioxidreduzierten Technologien forciert. Da Deutschland ganz ähnliche Bemühungen verfolgt,[116] wäre es denkbar, die deutschen und polnischen Forschungsprojekte zu den Möglichkeiten von $CO_2$-armer oder –freier Kohlenutzung und den hierzu nötigen Speicherkapazitäten miteinander zu koordinieren. Sinnvoll wäre es in diesem Zusammenhang auch, wenn Polens Politik dazu ermuntert würde, die polnischen Energieunternehmen zu einer aktiveren Teilnahme an der »European Technology Platform for Zero Emission Fossil Fuel Power Plants« zu bewegen. Deren Ziel ist es, bis 2020 wirtschaftliche und nahezu emissionsfreie Kraftwerkskonzepte zu realisieren.[117]
  Die Kernkraft wird, wie oben erwähnt, auch in der offiziellen polnischen Energiestrategie für die Zukunft als Komponente im Energiemix in Betracht gezogen. Entsprechende Debatten einschließlich möglicher Technologie- und Standortdiskussionen sollten auf deutscher Seite aufmerksam verfolgt werden.
  Polen hat sich im Beitrittsvertrag zur EU dazu verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieaufkommen auf 7,5 Prozent zu erhöhen und wird durch die Verhandlungen über die Konkretisierung der EU-Vorgaben unter Druck geraten, hier mehr zu tun. Denn in den letzten Jahren hinkte man den selbst gesetzten Zielen weit hinterher.[118] Der polnische Rechnungshof NIK kam schon 2004 unter anderem zu dem Ergebnis, dass weder Parlament noch Regierung ihre Aufgaben in dieser Sache erfüllen und auch die energiewirtschaftlichen Unternehmen des Landes ihren Verpflichtungen, erneuerbare Energien hinzuzukaufen, nur unzureichend nachkommen.[119] Das 7,5-Prozent-Ziel ist aber angesichts ungünstiger Preisregelungen »unter den gegebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen kaum zu erreichen«.[120] Dennoch oder gerade deswegen wäre zu empfehlen, Polens Bemühungen zur Ausweitung von regenerativer Energie zu unterstützen. Als Ansprechpartner böte sich hier die politische Vertretung des polnischen Agrarsektors an, der bereits Interesse an einer stärkeren Nutzung von Biomasse zur Generierung von elektrischer Energie, Wärme oder Kraftstoff gezeigt hat.
  Das im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie realisierte Exportförderprojekt »Energieerzeugung, Energiemanagement, Energieeinsparung«, das bis September 2007 angesetzt ist, sollte ausgedehnt werden. Das Projekt

**115** Im dem im Herbst 2006 vom polnischen Wirtschaftsministerium präsentierten Restrukturierungsplan für den Steinkohlebergbau heißt es denn auch, dass angesichts hoher Öl- und Gaspreise »die Rolle der Kohle als Energieträger für die nationale Energiesicherheit Polens sehr bedeutend ist«, Ministerstwo Gospodarki, *Strategia działalności górnictwa węgla kamiennego w Polsce w latach 2007–2015* [Strategie für den Steinkohlebergbau in Polen für die Jahre 2007–2015], Warschau, 4.9.2006, <www.mgip.gov.pl> .

**116** Im April 2007 wurde im brandenburgischen Jänschwalde eine Testanlage für das weltweit erste sogenannte $CO_2$-freie Kohlekraftwerk in Betrieb genommen, das vom Vattenfall-Konzern und der Technischen Universität Cottbus entwickelt wurde und der Braunkohleverstromung dient.

**117** European Technology Platform for Zero Emission Fossil Fuel Power Plants, *Vision Statement. To Enable European Fossil Fuel Power Plants to Have Zero Emission of $CO_2$ by 2020*, 9.9.2005, <http://ec.europa.eu/research/energy/pdf/highlevelvisionpaper_3rd_ac_meeting_9sept2005_en.pdf>. An der Plattform beteiligen sich über 20 deutsche Akteure, aber nur zwei polnische.

**118** Der Anteil erneuerbarer Energie am Primärenergieaufkommen liegt bei maximal 4,5%, an der Elektrizitätsgewinnung bei 1,5%, vgl. Renggli/Walker/Kokocinski, *Erneuerbare Energie in Polen* [wie Fn. 1].

**119** Najwyższa Izba Kontroli, Departament Gospodarki, Skarbu Państwa i Prywatyzacji, *Informacja o wynikach kontroli wykorzystania energii elektrycznej i ciepła ze źródeł odnawialnych oraz energii elektrycznej produkowanej w skojarzeniu z ciepłem* [Ergebnisse der Kontrolle über die Nutzung von Elektrizität und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen], Warschau, Juni 2004, <http://bip.nik.gov.pl/pl/bip/wyniki_kontroli_wstep/inform2004/2004020/px_2004020.pdf>.

**120** Bundesagentur für Außenwirtschaft (BfAI) (Hg.), *Energiewirtschaft Polen 2005*, März 2006, <www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_1820.pdf>.

will deutschen Unternehmen helfen, auf dem polnischen Markt Fuß zu fassen. Es richtet sich bislang an Firmen aus den neuen Bundesländern, könnte aber durchaus auf Unternehmen aus der gesamten Bundesrepublik ausgeweitet werden.[121] Insgesamt bietet der Bereich »Energieeffizienz« große Potentiale. Da Polen beachtlichen Nachholbedarf hat, gleichzeitig zahlreiche Programme zur Nutzungsoptimierung lanciert wurden und die Europäische Union derlei Vorhaben unterstützt, ergeben sich für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit beachtliche Chancen.[122] Analog zum Poland-Japan Energy Conservation Technology Center, das anwendungsorientierte Unterstützungsleistungen für Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz erbringt,[123] könnte ein bilaterales deutsch-polnisches Zentrum für Energieeinsparung etabliert werden.

- *Integration.* Eine Grundherausforderung im deutsch-polnischen Energiedialog bzw. in den deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt ist Warschaus sicherheitspolitisch motivierte Übersensibilisierung in Energiefragen. Aus Sicht Polens ist es im Dienste der Energiesicherheit von zentraler Bedeutung, die nationalen Energienetzwerke stärker mit den Systemen Westeuropas zu integrieren. Wenn deutsche Partner, gegebenenfalls flankiert von der deutschen Politik, die vom Nachbarn gewünschten »Sicherheitsventile«, sprich neue Anschlusspunkte und dazugehörige Leitungen, erwägen würden, wäre dies zumindest eine vertrauensbildende Maßnahme. Dass Polen entsprechende Offerten (wie etwa eine Verbindungsleitung von der Ostseepipeline) im Einzelfall nicht annimmt, heißt nicht, dass es solche Projekte grundsätzlich und auch in Zukunft verwirft.

## Abkürzungen

| | |
|---|---|
| BBN | Biuro Bezpieczeństwa Narodowego (Büro für Nationale Sicherheit) |
| BfAI | Bundesagentur für Außenwirtschaft (Köln) |
| DONG | Dansk Olie og Naturgas AS |
| EBRD | European Bank for Reconstruction and Development / Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (London) |
| EIB | European Investment Bank (Europäische Investitionsbank) |
| ENP | Europäische Nachbarschaftspolitik |
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik |
| GUAM | Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldova |
| HELCOM | Helsinki Commission (Baltic Marine Environment Protection Commission) |
| INOGATE | Interstate Oil and Gas Transport to Europe |
| LNG | Liquefied Natural Gas (Flüssiggas) |
| NIK | Najwyższa Izba Kontroli (Polnischer Rechnungshof) |
| OSZE | Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| PGNiG | Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo SA (Polnische Öl- und Gaswirtschaft) |
| PiS | Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, Polen) |
| PKA | Partnerschafts- und Kooperationsabkommen |
| PO | Platforma Obywatelska (Bürgerplattform) |
| SGT | System Gaziociągów Transytowych (= Jamal-Pipeline) |
| TACIS | Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States (EU) |
| VNG | Verbundnetz Gas AG |

**121** Einzelheiten zu dem Projekt finden sich bei <www.projektpolen.de>.
**122** Vgl. BfAI, *Energieeffizienz kompakt – Polen 2007,* Köln 2007, <www.bfai.de/DE/Content/__SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html>.
**123** <www.pjcee.pl>.